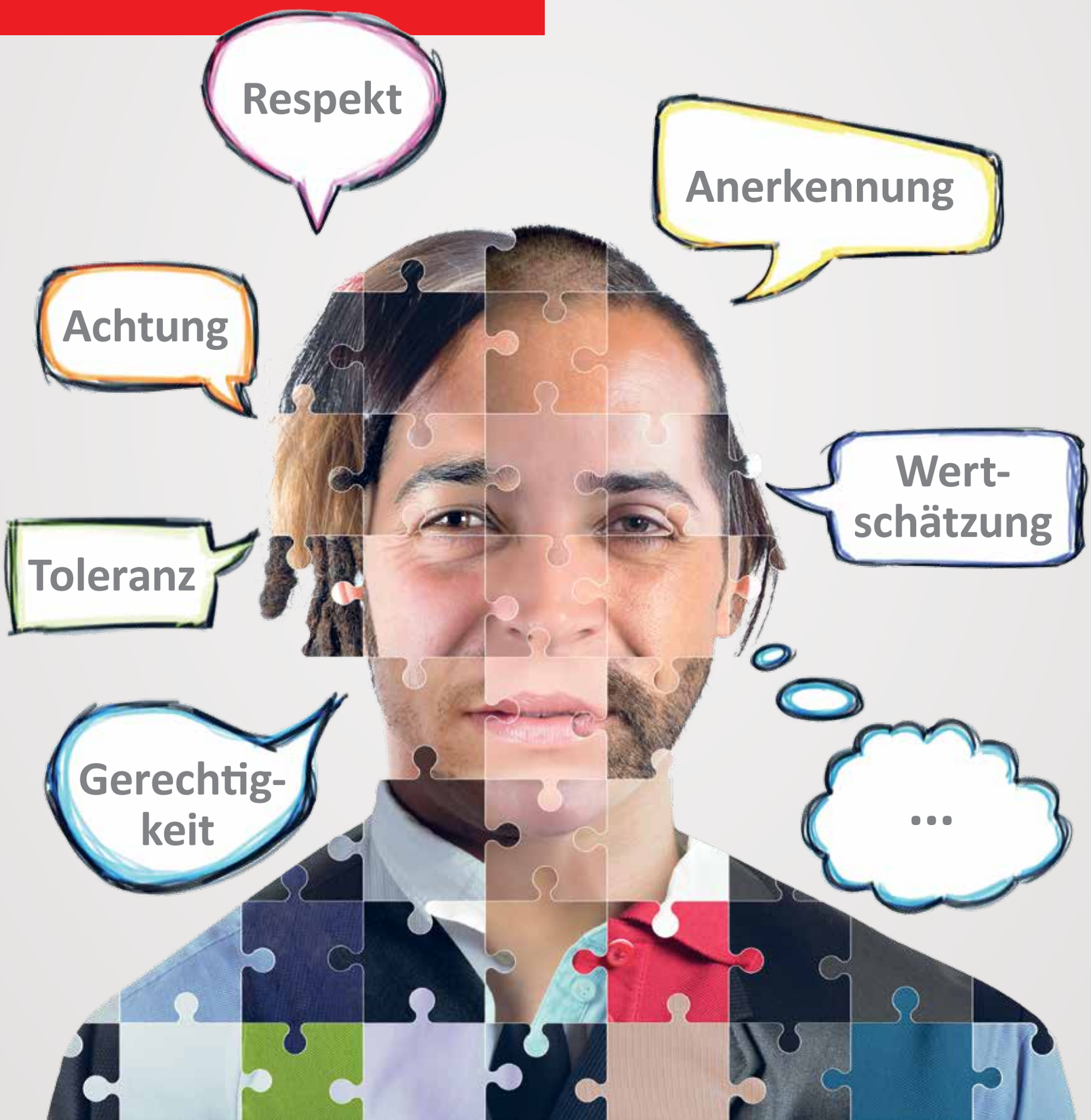
E&W
Erziehung & Wissenschaft 07-08/2016
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

WERTE



RAINER FORST

Foto: dpa

Toleranz?!

Auch frühere Gesellschaften waren von tiefgreifenden Unterschieden in Lebensformen und Moralvorstellungen gekennzeichnet. Unsere christlichen Vorfahren etwa laborierten daran, wie man miteinander leben könne, ohne im Handeln des Anderen das Wirken des Teufels zu sehen. Wenn heute über Fragen der Abtreibung diskutiert wird, ist die Schärfe solcher Konflikte noch immer zu ahnen. Aber auch die Frage, ob Burkas oder Muezzinrufe zu tolerieren sind oder faschistische Parteien verboten werden sollen, deuten auf Konflikte hin, die uns einer Zeitreise gleich zurückkatapultieren in die historischen Epochen, in denen der Begriff der Toleranz geprägt wurde. Er enthält das Versprechen, mit Differenzen zu leben, ohne diese lösen zu können.

Der Begriff der Toleranz ist selbst Gegenstand solcher Konflikte und nicht ihr neutrales Gegenüber. Während die einen ein Verbot rechtsradikaler politischer Aktivitäten im Sinne der Grenzen demokratischer Toleranz für geboten halten, sehen die anderen dies als intolerant an. Die einen sind für das Tolerieren der Burka, die anderen sehen sie als Zeichen der Intoleranz an.

Was bedeutet der Begriff der Toleranz? Er bezeichnet eine Haltung, die aus drei Komponenten besteht. Die erste ist die Ablehnung. Überzeugungen oder Praktiken, die wir tolerieren, lehnen wir zunächst als falsch oder schlecht ab. Als zweite kommt die Akzeptanz hinzu. Sie nennt Gründe, weshalb das, was falsch oder schlecht ist, dennoch geduldet werden sollte. Schließlich die dritte Komponente: die Zurückweisung, also noch einmal negative Gründe. Diese markieren die Grenzen der Toleranz. Aufgabe der Toleranz ist, diese drei Komponenten in die richtige normative Ordnung zu bringen.

Es gibt verschiedene Konzeptionen der Toleranz. Die erste nenne ich Erlaubnis-Konzeption. Diese Toleranz ist eine obrigkeitsstaatliche Haltung und Praxis, die Minderheiten die Erlaubnis gibt, nach ihrem Glauben zu leben – und zwar in dem Rahmen, den die erlaubnisgebende Seite allein festlegt. Ablehnung, Akzeptanz und Zurückweisung sind in der Hand der Obrigkeit. In einer langen Geschichte demokratischer Revolutionen bildete sich demgegenüber eine horizontale Vorstellung heraus: die Respekt-Konzeption. Demnach ist die Toleranz eine Haltung der Bürger zueinander, die wissen, dass sie in zentralen Fragen des guten und richtigen Lebens nicht übereinstimmen, dabei aber akzeptieren, dass die ihnen gemeinsamen Institutionen auf Normen beruhen müssen, die alle als Freie und Gleiche teilen und die nicht einfach die Wertvorstellungen einer Gruppe festschreiben und zum Gesetz erheben.

Der Begriff der Toleranz selbst sagt uns nicht, woran wir uns zur Orientierung halten sollen. Ich meine, das sollte der Grundsatz der Gerechtigkeit sein. Denn es ist eine Frage der Gerechtigkeit, welche Stellung und Rechte Minderheiten in einer Gesellschaft haben. Dann ist dies die zentrale Frage: Beruht meine Ablehnung einer Praxis auf Gründen, die nicht nur meine ethische bzw. religiöse Position widerspiegeln, die andere gerade nicht teilen und auch nicht teilen müssen, sondern auf Gründen, die ausreichen, um zu einer Zurückweisung überzugehen, also etwa diese Praxis mit Mitteln des Rechts zu unterbinden?

Toleranz nach der Respekt-Konzeption heißt zu akzeptieren, dass ich anderen, die mit mir unter einem gemeinsamen Normensystem leben, Gründe für solche Normen schulde, die zwischen uns moralisch-politisch teilbar sind und eben nicht aus dem Fundus von Überzeugungen stammen, die ethisch umstritten sind. Wir nennen diese Fähigkeit Vernunft. Toleranz ist also eine Tugend des öffentlichen Vernunftgebrauchs. Ohne dieses Vermögen, gepaart mit dem Sinn für Gerechtigkeit innerhalb eines Verständnisses dessen, was anderen gegenüber gerechtfertigt werden kann, geht es nicht.

Rainer Forst,
Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Inhalt

Gastkommentar
Toleranz?! Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Werte
1. Wertekanon: „Menschenrechte verwirklichen“ Seite 6
2. Schulalltag: Lernbedarf für alle Seite 10
3. Ansprüche: BI-Berufsethos als Leitlinie Seite 13
4. Schweden: Kompass für Berufsethik – Erfahrungen aus Schweden Seite 16
5. Kinderrechte: Interview mit Lothar Krappmann: „Schulen müssen Bildungsziele neu ausrichten“ Seite 18
6. Erziehungsauftrag: Menschenrechtsbildung Seite 20

Bildungspolitik
Bildungsbericht: Daueraufgabe Integration Seite 21

Gesellschaftspolitik
1. Integrationsgesetz: Pech, wer keine Bleibeperspektive hat Seite 23
2. GEW-Kommentar: Integration von Anfang an Seite 24
3. PPP: „Keine Heilslehre, die Schulprobleme löst“ Seite 25
4. Asyl: Vorurteil und Fakt Seite 27
5. Allianz: Interview mit Reiner Hoffmann: „Weltoffenheit stärken“ Seite 28
6. IAB-Studie: Interview mit Christian Hohendanner: „Geld spielt größere Rolle als Arbeitsrecht“ Seite 35
7. Modellprojekt: Sie wollen keine Monster sein Seite 38

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
1. Bündnis: Gemeinsam für Geflüchtete Seite 30
2. Willkommenskita: Eine klare Haltung Seite 40

Schule/Hochschule
1. Rock your Life: Ziemlich beste Freundinnen Seite 31
2. Darstellendes Spiel: Theater macht Schule Seite 32

Jugendhilfe und Sozialarbeit
Kleine Forscher: Interview mit Michael Fritz: „Teil umfassender Bildung“ Seite 34

GEW-Intern
1. Nachruf: Horst Linke ist tot Seite 37
2. Freiburg: Gewerkschaftstag der GEW 2017 Seite 44
3. GEW-Frauenzukunftskonferenz: „Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten“ Seite 45
4. Kongress: „Eine Schule für alle – inklusive Schule“ Seite 45

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Garantiert Fair Trade Seite 42

Leserforum Seite 46

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 68. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Renate Körner
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
renate.koerner@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugsweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 01.01.2015,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Gewalt gegen Lehrkräfte

Foto imago

Mexiko: Lehrerprotest gegen Bildungsreform der Regierung

In Mexiko sind die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Lehrergewerkschaften Ende Juni eskaliert. Bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen streikenden Lehrkräften und der Polizei in Nochixtlán im Bundesstaat Oaxaca gab es mindestens neun Tote und rund 100 Verletzte. Mehr als zwanzig Menschen werden noch vermisst. Die Regionalregierung machte unbekannte Provokateure für die Toten verantwortlich. Die Lehrergewerkschaften werfen der Polizei vor, das Feuer auf die Demonstranten eröffnet zu haben. Die Polizei warf, wie der SPIEGEL berichtete, den Gewerkschaften vor, sich gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften geliefert zu haben. Die Nationale Menschenrechtskommission soll die Vorfälle nun untersuchen. Ursache der Lehrerstreiks war die 2013 von der Regierung beschlossene Bildungsreform, die bessere Schulbildung bringen soll: Die Regierung will deshalb den Unterricht der Lehrkräfte evaluieren lassen, um deren Leistungen zu überprüfen. Lehrerstellen sollen nun nach Qualitätskriterien im Rahmen von Bewerbungsverfahren vergeben werden. Außerdem entließ die Regierung Tausende Lehrerinnen und Lehrer. Öl ins Feuer des Streits zwischen Gewerkschaften und Regierung goss zusätzlich die Festnahme des Vorsitzenden der linken Gewerkschaft „Coordinadora Nacional de Trabajadores de la Ensenanza“ (CNTE), Rubén Núñez, Ende Mai in Oaxaca. Die CNTE hat in ganz Mexiko 200 000 Mitglieder. Ein Gespräch zwischen Regierung und CNTE soll nach der Straßenschlacht mit der Polizei in Oaxaca nun „die Rückkehr zur Ruhe“ ermöglichen.

Andreas Knobloch, Mittel- und Südamerika-Korrespondent

Berlin: Lehrerstreiks gehen weiter

Angestellte Lehrkräfte sind Ende Juni in Berlin erneut für eine deutlich bessere Bezahlung auf die Straße gegangen (E&W berichtete). Rund 3 500 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten zu Fuß und per Fahrrad für einen neuen Tarifvertrag, teilte die GEW Berlin mit. Mit den wiederholten Warnstreiks will die Gewerkschaft auch eine bessere Bezahlung für Grundschullehrkräfte erstreiten. Der Landesverband hatte dem Senat bereits Ende April konkrete Vorschläge für einen Kompromiss vorgelegt, die Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) aber alle zurückgewiesen hatte. In den Schulen der Hauptstadt arbeiten knapp die Hälfte der rund 29 400 Pädagoginnen und Pädagogen als Angestellte.

Hammer im Amt bestätigt

Foto: GEW Rheinland-Pfalz

Klaus-Peter Hammer

Die GEW Rheinland-Pfalz hat ihren Vorsitzenden Klaus-Peter Hammer auf dem Gewerkschaftstag Ende Mai in Budenheim bei Mainz im Amt bestätigt: Er ist mit 99,2 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt worden. Hammer tritt seine dritte Amtszeit an.

Spitzenforschung läuft weiter

Strategie statt Initiative: Am 16. Juni beschlossen die Regierungschefs von Bund und Ländern, die 2006 gestartete Exzellenzinitiative unter dem neuen Namen „Exzellenzstrategie“ zu verlängern. Damit wollen Bund und Länder ab 2019 Spitzenforschung an zunächst elf Hochschulen mit gut einer halben Milliarde Euro jährlich fördern. Das Programm – ausgestattet mit 533 Millionen Euro – wird zu drei Viertel vom Bund und zu einem Viertel von den Ländern finanziert. Die GEW kritisiert, dass ausgerechnet die 2014 beschlossene Lockerung des Kooperationsverbots im Grundgesetz dafür benutzt wird, das Eliteprogramm an ausgesuchten Universitäten zu verstetigen. Grundsätzliche Kritik an der Exzellenz-Förderung formuliert GEW-Vize Andreas Keller: „Auf unbestimmte Zeit fließen jährlich gut 530 Millionen Euro in die Förderung der Spitzenforschung an wenigen Hochschulen.“ Sehr viel Geld, das dann etwa für den Ausbau von Studienplätzen fehlt.

Asyl: unterschiedlich behandelt

Flüchtlingskinder werden in Deutschland nach Einschätzung von UNICEF oft sehr unterschiedlich behandelt (s. S. 24). „Ihre Situation hängt oft stark vom Zufall ab“, stellte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UN) in einem Ende Juni veröffentlichten Bericht fest. Bei der medizinischen Versorgung oder der Bildung seien sie deutlich schlechter gestellt als deutschstämmige Kinder im gleichen Alter, weist der Report nach.

Der Rückgang der Flüchtlingszahlen führt laut UNICEF nicht automatisch dazu, dass provisorische Lösungen bei der Unterbringung aufgegeben werden. Vor allem in Großstädten wie Berlin und Köln befürchtet das UN-Hilfswerk, dass Familien über Jahre in Gemeinschafts- bzw. Notunterkünften leben müssten. Das verzögere die Integration geflüchteter Mädchen und Jungen in Schulen und Kitas. „Besonderen Anlass zur Sorge geben mit Blick auf Kinder die neu geschaffenen ‚Sondereinrichtungen‘ für Menschen mit ‚schlechter Bleibeperspektive‘“, also Geflüchtete aus Ländern mit einer geringen Anerkennungsquote bei Asylverfahren, stellt der UNICEF-Bericht fest.

Strittiges Integrationsgesetz

Das von der Landesregierung in Bayern geplante Integrationsgesetz stößt auf großen Widerstand: Ver.di und GEW haben den Gesetzentwurf entschieden abgelehnt. Die Gewerkschaften kritisieren, dass der Staat ausgrenze statt zu integrieren. Zentrale Kritik: Die Schulpflicht für Kinder in Abschiebeeinrichtungen soll abgeschafft werden. Und integrative Maßnahmen für Erwachsene, so Bernhard Baudler von der GEW Bayern, fehlten komplett. Das Gesetz sehe außerdem keine einzige neue Leistung für Asylsuchende vor, bemängelt der Gewerkschafter. Dafür verpflichte es zugewanderte Menschen auf eine „bayuwarische Leitkultur“. Inzwischen haben sich Gewerkschaften, Verbände und Oppositionsparteien zusammengeschlossen, um das Vorhaben zu stoppen. „Die Staatsregierung überschreitet in vielen Bereichen ihre Gesetzgebungskompetenz“, kritisiert Asylanwalt Hubert Heinold. Verfassungswidrig sei, so Heinold, dass man ausschließen will, dass Asylbewerber ihre Ansprüche einklagen können. Die CSU-Landesregierung will den Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause verabschieden.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie das Spiel „Jungle Speed“.*

Prämie des Monats Juli/August:

Spiel „Jungle Speed“

Der spannende und turbulente Party-Hit
für bis zu acht Personen

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Juli/August 2016/Jungle Speed

Würde

Offenheit

Akzeptanz

Empathie

Überzeugung

Fairness

Zusammenarbeit

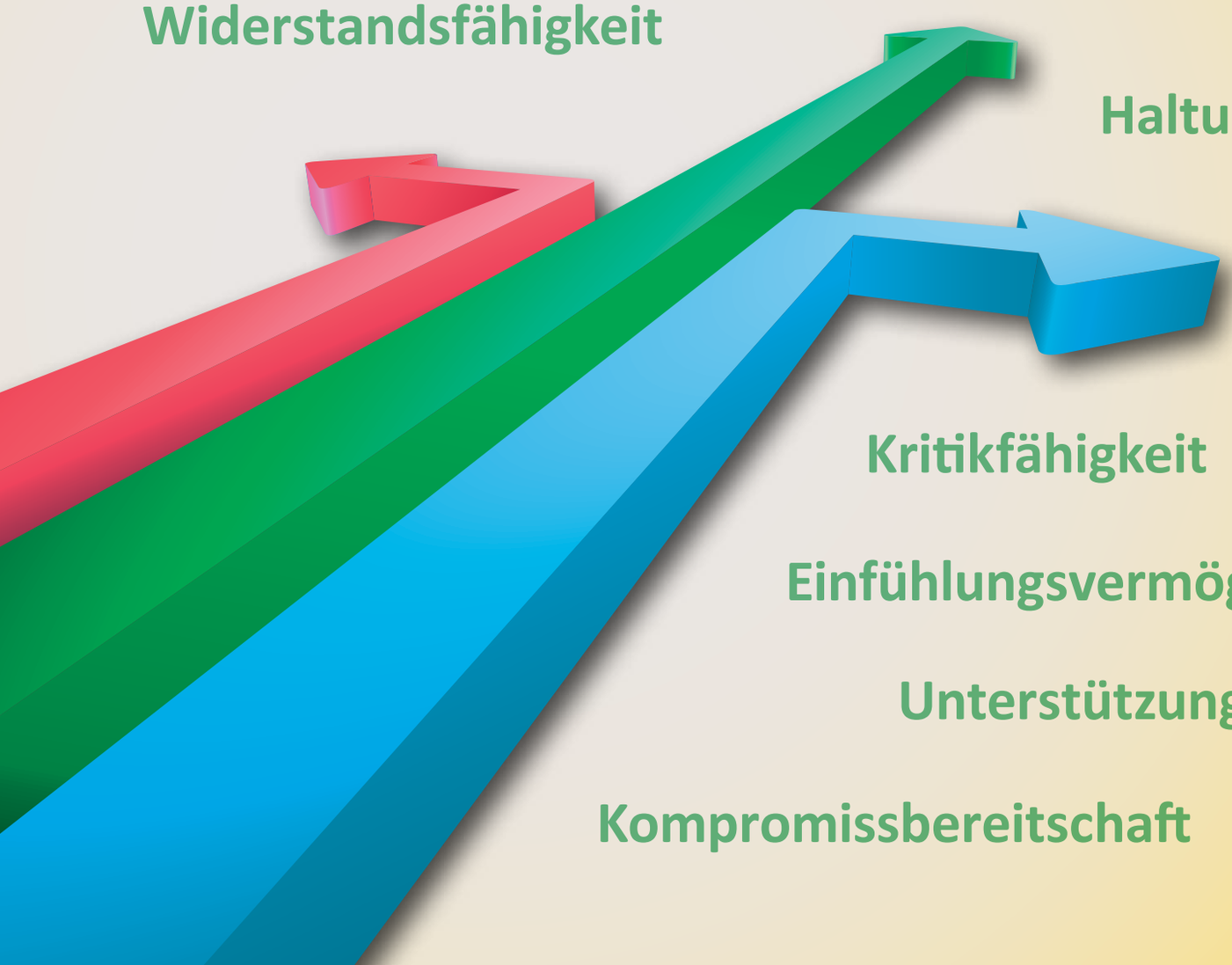
Beteiligung

WERTE

Urteilskraft

Widerstandsfähigkeit

Haltung



Kritikfähigkeit

Einfühlungsvermögen

Unterstützung

Kompromissbereitschaft

„Menschenrechte verwirklichen“

// Pädagoginnen und Pädagogen vermitteln Werte und leben sie vor, in der Kita, im Unterricht. Gibt es in den Kollegien und Teams einen Konsens über berufsethische Maximen? Verhalten sich alle immer wertschätzend im Umgang mit Kindern und Jugendlichen? Und: Gibt es in der GEW einen Diskurs über einen gemeinsamen Wertekanon? Über diese Fragen diskutieren zwei GEW-Aktive – die Berliner GEW-Vorsitzende Doreen Siebernik und der Lehrer Ryan Plocher – und die Erziehungswissenschaftlerin Annedore Prengel. //

E&W: Was ist die GEW? Vor allem eine Tarifpartei oder auch eine Wertegemeinschaft und politische Heimat für ihre Mitglieder?

Doreen Siebernik: Wir sind eine engagierte Tarifpartei, aber im Unterschied zu allen anderen DGB-Mitgliedsgewerkschaften eben eine Bildungsgewerkschaft. Wir mischen uns aktiv bildungspolitisch ein: beim Thema Inklusion etwa oder beim Sanierungsstau an Schulen. Und wir streiten für ein Bildungssystem, das jedem Kind gerecht wird. Mein Eindruck: Die Mehrheit der Mitglieder wünscht sich die GEW als eine Organisation, in der man sich im Wortsinne auch mit seinen politischen und gesellschaftlichen Werten verorten kann. Das gilt insbesondere für den Landesverband Berlin, bei dem der Generationswechsel innerhalb der Lehrerschaft gerade in vollem Gange ist.

E&W: Herr Plocher, ist das so? Suchen junge Aktive in der GEW gemeinsame Werte oder wollen sie hauptsächlich eine Interessenvertretung ihres Berufsstandes?

Ryan Plocher: Werte suchen wir in der Gewerkschaft nicht, die haben wir bereits! Die sogenannte Generation „Y“ ist die linksliberalste seit langem. Allerdings: Wer Werte hat, möchte sie auch einbringen. Das Engagement in einer Gewerkschaft ist deshalb naheliegend – vorausgesetzt, man kann sich hier stärker einbringen als lediglich an Sitzungen teilzunehmen, in denen jeweils das nächsthöhere Gremium gewählt wird.

Foto: Kay Herschelmann

Doreen Siebernik: „Wir müssen uns fragen: Wie gelingt es, Wertedebatten nicht nur in den Gremien der GEW zu initiieren, sondern ebenso auf Gesamtkonferenzen und in den Kollegien?“

Selbstverständlich erwarten wir als Junge GEW mehr von unserer Gewerkschaft, als dass sie Tarifverhandlungen für die Beschäftigten führt: Unser Beruf ist die Verwirklichung der Menschenrechte. Das ist etwas Besonderes.

E&W: Frau Prengel, was hat Sie motiviert, in die GEW einzutreten?

Annedore Prengel: Auch für mich gaben politische Bewegungen den Ausschlag; etwa die feministischen Aktivitäten zu Zeiten der zweiten Frauenbewegung. Meiner Ansicht nach gehören zur Gewerkschaftsarbeit der GEW sowohl die Interessenvertretung für Angehörige pädagogischer Berufe als auch der Diskurs über Bildungspolitik. Ich sehe aber auch das Dilemma: Einerseits muss eine Gewerkschaft die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Andererseits darf sie, weil sie demokratischen Werten verpflichtet ist, professionelles Fehlverhalten – also etwa Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* unter Professionellen – nicht dulden.

E&W: Was passiert, wenn sich Gewerkschaftsmitglieder mit rechtspopulistischen Parolen gemein machen? Einige Professoren haben einschlägig auf sich aufmerksam gemacht; ein Landtagskandidat der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Sachsen-Anhalt ist z. B. an der Uni Bayreuth tätig. Könnten unter AfD-Politikern oder -Anhängern auch GEW-Mitglieder sein?

Siebernik: Tatsächlich haben Gewerkschafter in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt nicht unter-, sondern überproportional AfD gewählt. Das geht aus einer DGB-Erhebung hervor. Warum sollte das in der GEW anders sein? Im September wird in Berlin ein neuer Senat gewählt und die Wahlprognosen machen wenig Mut, im Gegenteil: Sie sind erschreckend. Ich erlebe in unserer Organisation daher eine gewisse Nervosität beim Umgang mit diesem Thema.

Plocher: Andererseits: Berlin ist traditionell eher eine „linke Stadt“, das gilt auch für den Landesverband. Und wer ein konservatives Verständnis von Bildung hat, findet sich wohl eher bei einem der konkurrierenden Lehrerverbände wieder.

E&W: Wenn sich ein GEW-Mitglied rechtspopulistisch positioniert: Wie geht die GEW damit um?

Siebernik: Es gibt die Möglichkeit des Ausschlussverfahrens. Wir hatten jüngst einen derartigen Fall: Einen Personalrat, der presserechtlich verantwortlich für

einen Verein zeichnet, dessen Aktivitäten sämtlichen Grundwerten der GEW widerspricht, hatte der Landesvorstand zum klärenden Gespräch eingeladen. Als er nicht kam, entschieden wir uns, ihn aus der GEW auszuschließen. Es ist das letzte Mittel – aber es muss möglich sein.

E&W: Auf welcher Grundlage erfolgte der Ausschluss?

Siebernik: Aufgrund unserer Satzung sowie der des DGB, in denen die gemeinsamen politischen Ziele deutlich festgehalten sind. Unter anderem wird dort die „Förderung der sozialen Integration der Migrantinnen und Migranten“ ausdrücklich erwähnt.

E&W: Über ihre Mitgliedschaft in der Bildungsinternationale (BI), der weltweiten Dachorganisation von Bildungsgewerkschaften und Lehrerverbänden, ist die GEW einem Berufsethos (s. S. 13 f.) verpflichtet, das sich gegen Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung positioniert.

Siebernik: Das ist richtig, allerdings ist das Berufsethos der BI bisher für die Mitglieder nicht bindend. Dennoch sollten wir uns als GEW dafür einsetzen, dass es stärker unter den Fachkräften verbreitet wird.** Insgesamt müssen wir uns aber fragen: Wie gelingt es, Wertedebatten nicht nur in den Gremien der GEW, sondern ebenso auf Gesamtkonferenzen und in den Kollegien zu initiieren? Ich halte es für unerlässlich, dass wir – wieder – stärker darüber ins Gespräch kommen, was uns als Pädagoginnen und Pädagogen verbindet und ob wir einen gemeinsamen Wertekanon haben.

Plocher: Diskriminierungsfrei zu unterrichten und Antidiskriminierung zu fördern, dazu verpflichtet mich sogar das hiesige Schulgesetz. Meine Aufgabe als Lehrer ist, jedem Schüler und jeder Schülerin zum bestmöglichen Abschluss zu verhelfen. Dazu gehört, dass ich Hindernisse auf dem Weg dorthin erkenne – und mithelfe, Probleme und Benachteiligungen abzubauen. Das erfordert, dass ich eine Lernumgebung so gestalte, dass keine Ungerechtigkeit entsteht.

Prengel: Ich würde gern noch etwas zu dem Berufsethos der Bildungsinternationale hinzufügen: Leider ist der Text teilweise recht abstrakt formuliert. Wenn es um die Lehrkräfte-Schüler-Beziehung geht, bleibt die Aussage oberflächlich. Wenn Sie sich dagegen etwa die schweizerischen Standesregeln anschauen, sind diese weit präziser gefasst: Sie verbieten jede Form der Demütigung und Beschämung im Unterricht.

E&W: Das BI-Ethos fordert von Lehrkräften doch „in allen Angelegenheiten, in denen es um das Wohlergehen der ihnen Anvertrauten geht, mit Achtsamkeit, Sorgfalt und Diskretion“ vorzugehen …

Prengel: Angesichts der Risiken, die sich aus dem Machtgefälle zwischen Lehrenden und Lernenden ergeben, genügt das nicht. Denn um Wertschätzung und Respekt gegenüber Schülerinnen und Schülern ist es alles andere als gut bestellt. Das zeigt sich auch daran, dass es in der Wissenschaft zwar eine Wirtschafts- sowie eine Medizin-, aber keine Pädagogikethik gibt. Das ist ein blinder Fleck.

E&W: Was meinen Sie damit?

Prengel: Wir haben in unserem „Projektnetz INTAKT“ rund 13 000 Interaktionen zwischen Lehrkräften und Schülern ausgewertet. Hospitierende Lehramtsstudierende haben während des Unterrichts beobachtet und notiert, wie Lehr- und pädagogische Fachkräfte sich in den Klassen verhalten und äußern. Die Protokolle haben wir anhand einer Skala von „sehr verletzend“ über „neutral“ bis „sehr anerkennend“ ausgewertet. Im Schnitt erwies sich ein knappes Viertel aller Interaktionen als verletzend, sechs Prozent als sehr verletzend. Letztere sind solche, bei denen wir uns sofort alle einig waren, dass sie unzulässig sind – etwa wenn eine Lehrkraft einen Schüler als „dumm und faul“ bezeichnet. Übrigens: Das passierte in Anwesenheit von Studierenden. Daraus schlossen wir, dass es Pädagoginnen und Pädagogen gibt, die Kinder diffamieren oder ausgrenzen.***

Foto: Kay Herschelmann

Ryan Plocher: „Werte suchen wir in der Gewerkschaft nicht, die haben wir bereits! … Allerdings: Wer Werte hat, möchte sie auch einbringen.“

E&W: Wer wird vor allem ausgegrenzt?

Prengel: Das größte Problem ist wohl, stellten wir fest, als „schlechter Schüler“ stigmatisiert zu werden. Die sozioökonomische Lebenslage scheint hier eine Rolle zu spielen; vor allem mit Blick auf das segregierende Schulsystem einschließlich der Sonderbeschulungen. Wir sind dabei, die Daten weiter auszuwerten.

E&W: Frau Siebernik, Herr Plocher – überrascht Sie das?

Plocher: Nicht wirklich. Lange war abwertendes Lehrkräfte-Verhalten gegenüber Mädchen und Jungen leider didaktischer Standard in den Schulen. Man hat geglaubt, wenn man sagt, „du bist dumm und faul“, verdeutliche das den Bildungsstandard des Kindes, an dem man sich zu orientieren habe. Ich habe gelernt, negative Rückmeldungen ausschließlich in Bezug auf die Leistung zu geben – aber ich habe mein Studium auch erst vor wenigen Jahren und mein Referendariat erst dieses Jahr beendet. Und: Auch meine Ausbildung beschränkte sich im Lehramtsstudium auf ungefähre Handlungsmaximen und vermittelte keine Best-Practice-Modelle.

Prengel: Tatsächlich wurden und werden Beziehungsqualität und Wertschätzung in der Lehrerausbildung wie in der Forschung als Thema noch zu sehr vernachlässigt – obwohl es dazu wichtige Untersuchungen gibt. Nicht zuletzt dank der Studien von John Hattie**** geriet die Lehrerpersönlichkeit und die Bedeutung ihres Handelns für die Entwicklung von Schülerinnen und Schülern wieder ins Bewusstsein. Allerdings muss man auch klar sagen: Die meisten Lehrkräfte verhalten sich kinderfreundlich und wertschätzend –

aber es gibt eben Pädagogen, die unter denselben Rahmenbedingungen und in jeder Schulform Kinder missachten und verletzen. Und: Viele abwertende Äußerungen widersprechen schlicht den alltäglichen Umgangsformen von Höflichkeit und Fairness, wie sie unter Erwachsenen üblich sind.

Siebernik: Die GEW Berlin setzt sich dafür ein, eine staatliche Beschwerdestelle zum Schutz gegen Diskriminierung zu schaffen. Schülerinnen und Schüler hätten damit unabhängige Ansprechpartner. Aber nicht nur diese: Auch türkischstämmige Referendarinnen sahen sich bereits einer massiven Diskriminierung durch Kollegen ausgesetzt. Ebenso erfahren Lehrkräfte aber auch Geringschätzung und Respektlosigkeit durch Jugendliche oder Eltern. In der Bildungsverwaltung stößt unser Vorschlag leider noch auf wenig Resonanz. Denn eine Beschwerdestelle kostet Geld und hätte besondere Befugnisse. Außerdem: Wenn sich die Klagen aus einer bestimmten Schule häuften, was würde daraus folgen?

E&W: Wer sich diskriminiert fühlt, kann sich doch an die Schulleitung wenden?

Prengel: Schulleitungen stellen sich nicht immer wirksam auf die Seite der Diskriminierten. Sie sind – wie man uns mehrfach berichtet hat – teilweise sogar hilflos. Etliche von ihnen haben erlebt, dass Kollegen, nachdem deren verletzendes Verhalten gegenüber Schülern Thema war, trotzdem ihren Unterricht so weitermachten wie bisher – oder sich krank meldeten. Ein breites Netzwerk von Beschwerdestellen zu schaffen, ist daher eine gute Alternative. Ein anderer Weg: Die Schulaufsicht kann bestimmten Kolleginnen und Kollegen verbieten, diskriminierend zu handeln oder sich so zu äußern. Und sie kann androhen, bei erneutem Fehlverhalten juristische Schritte einzuleiten. Das ist zwar selten, kommt aber vor. Eine weitere Möglichkeit: Die Schulleitung lässt Schülerinnen und Schüler das Verhalten ihrer Lehrkräfte bewerten, nicht um Rankings zu erstellen, sondern um das Gespräch mit den als problematisch eingestuften Pädagogen zu suchen. Wichtig ist jedenfalls, auf möglichst vielen Ebenen anzusetzen.

Siebernik: Die zentrale Rolle der Schulleitungen möchte ich in dem Zusammenhang unbedingt stärken; und zwar in allen Fragen, die mit Einstellungen und Werten der Kollegien zu tun haben: Welche Themen bestimmen beispielsweise unsere Studientage und Projektwochen? Welchem Leitbild verschreibt sich unsere Schule? Wie erzeugen wir ein „schulisches Wir“? Wie schaffen wir einen Ort, an dem sich alle geborgen fühlen? Für eine gute Schulleitung bedarf es allerdings einer entsprechenden Ausbildung, einer umsichtigen Auswahl – und als Unterstützung einer kompetente Schulaufsicht.

Foto: Kay Herschelmann

Annedore Prengel: „… um Wertschätzung und Respekt gegenüber Schülerinnen und Schülern ist es alles andere als gut bestellt.“

Plocher: Wenn wir als Gewerkschaft sagen, „wir wollen die Schulaufsicht stärken, damit sie unsere Kolleginnen und Kollegen kontrolliert bzw. korrigiert“, halte ich das für problematisch. Ich würde lieber positiv formulieren: Wir wollen, dass alle Schulleitungen auf dem Weg zu einer diskriminierungsfreien Schule eine gute fachliche Unterstützung erhalten. Denn: Wenn Lehrkräfte Kinder und Jugendliche weder ausgrenzen noch beschämen, sondern diese fair und respektvoll behandeln, könnte ein Lernklima frei von Rassismus, Aggression und Gewalt entstehen, in dem alle leichter lernten und lehrten.

Interview: Jeannette Goddar,
freie Journalistin

Annedore Prengel ist Professorin im Ruhestand an der Uni Potsdam und Seniorprofessorin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Die Schwerpunkte der Erziehungswissenschaftlerin sind „Heterogenität in der Bildung“ und „Pädagogische Beziehungen“.

Doreen Siebernik ist gelernte Erzieherin und Vorsitzende der GEW Berlin.

Ryan Plocher arbeitet als Lehrer an einer Gemeinschaftsschule in der Hauptstadt und ist einer der Sprecher der Jungen GEW Berlin.

***Der Begriff „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ stammt von dem Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer, s. seine Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“. Sie ist in der edition suhrkamp Frankfurt am Main von 2002 bis 2011 erschienen.**

****Das Berufsethos der im Bildungs- und Erziehungsbereich Beschäftigten ist zu finden unter: www.gew.de/GEW-Berufsethos-PDF**

*****Weiterführende Information: Prengel, A./Irle, K. (2013): „Plädoyer für einen ethischen Diskurs“, in: E&W 06/2013, siehe www.gew.de/eundw Prengel, Annedore: „Pädagogische Beziehungen zwischen Anerkennung, Verletzung und Ambivalenz“, 136 Seiten, Budrich Verlag, Berlin 2013**

******Der neuseeländische Erziehungswissenschaftler John Hattie entwickelte in seiner Studie „Visible learning – Lernen sichtbar machen“ eine Rangliste verschiedener Einflussfaktoren auf den schulischen Lernerfolg. Mehr Infos unter: http://visible-learning.org/de**

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Der Ganztag stellt Schule vor neue Anforderungen, unterschiedliche Professionen arbeiten zusammen. Umso wichtiger, dass multiprofessionelle Teams gut miteinander kooperieren können.

Foto: dpa

Lernbedarf für alle

// Zum professionellen Selbstverständnis gehört nicht nur ein verbindlicher Wertekanon, sondern auch die Bereitschaft und Kompetenz, in multiprofessionellen Teams zu kooperieren. Ob das gelingt, hängt auch von Rahmenbedingungen und der Gestaltung des Schulalltags ab. //

„Läuft's nicht rund? ... mal wieder Stress mit Eltern, Kumpels, Freundinnen, den Lehrern, ... ? Komm vorbei, wir sind für Dich da! Gemeinsam suchen wir nach Lösungen." So werben beispielsweise die Sozialarbeiterinnen an der Eichendorff-Realschule in Reutlingen für ihr Angebot. Ein Beispiel dafür, wie eine Schule sich neuen Anforderungen stellt. Ein Beispiel für kommunale Unterstützung von Schulen: Die Stadt Hannover hat dieses Jahr an 35 Grund-, Haupt-, Förder- und integrierten Gesamtschulen Schulsozialarbeiter eingesetzt. Einige dieser Schulen haben einen festen Raum eingerichtet, in dem für Kinder, die kurzfristig nicht in der Lage sind, am Unterricht teilzunehmen und eine Auszeit benötigen, eine sozialpädagogische Fachkraft bereitsteht. Wäre ihre Arbeit nicht mit dem Unterricht vernetzt, in dem ein Problem entstanden ist, könnte es auch nicht nachhaltig gelöst werden. Daher sind Fallbesprechungen zwischen Lehrenden und Sozialarbeitern unabdingbar. Oft müssen noch weitere Beteiligte, z. B. Fachlehrkräfte oder Integrationshelferinnen, hinzugezogen werden.

Heute sind an vielen (Ganztags-) Schulen neben Lehrkräften mit unterschiedlichen Spezialqualifikationen auch weitere pädagogische Fachkräfte tätig. An Einrichtungen mit speziellem Förderbedarf nimmt der Anteil an „Nichtlehrerstellen" sogar zu (StEG-Konsortium, 2013). Der Sozialwissenschaftler Wolfgang Böttcher spricht hier von einem multiprofessionellen Organisationsrahmen der Schule, innerhalb dessen Spezialisten mit unterschiedlichen Qualifikationen an Problemen, Förderansätzen und -methoden im Kontext

>> Fortsetzung auf Seite 12

Jetzt
100,– Euro
Startguthaben[1)]
sichern!

0,– Euro Bezügekonto[2)] der „Besten Bank“

[1)] Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto vom 18.04.2016 bis 30.12.2016, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied sowie Abschluss Online-Kontowechselservice und 2 Mindestgeldeingänge je 800,– Euro in 2 aufeinanderfolgenden Monaten – innerhalb von 6 Monaten nach der Kontoeröffnung.
[2)] Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✔ **Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**
- ✔ **Einfacher Online-Kontowechselservice**
- ✔ **Vorteil für GEW-Mitglieder: 100,– Euro Startguthaben[1)]**

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 192 (kostenfrei)
www.bbbank.de/gew

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

>> Fortsetzung von Seite 10

eines „besonderen erzieherischen Förderbedarfs“ zusammenarbeiten (Böttcher u. a. 2014).
Aus diesen strukturellen wie personellen Veränderungen von Schule ergibt sich ein Lernbedarf für alle Beteiligten und auf allen Ebenen des Bildungswesens.

Komplexe Aufgaben lösen

Bislang sind an Schulen vor allem fachbezogene Teams etabliert, die eine gemeinsame Fachdidaktik entwickeln. Um komplexe überfachliche Aufgaben zu lösen, verspricht hingegen eine Herangehensweise, die unterschiedliche Perspektiven bündelt, mehr Erfolg. Das ist vor allem dort der Fall, wo sich Schulen für alle Kinder öffnen oder ihr Angebot auf den ganzen Tag ausweiten. Dann müssen sowohl das pädagogische Konzept und die Arbeitsabläufe der Schule als auch der Unterricht neuen Modellen der Zusammenarbeit angepasst werden. Mit Binnendifferenzierung alleine lassen sich die komplexen und zusätzlichen Anforderungen nicht mehr lösen. Zudem: Aufgaben, die früher eher außerhalb im Bereich der Jugendhilfe angesiedelt waren, sind heute in der Schule integriert. Das heißt, dass die Einrichtungen auch über die nötige Fachkompetenz verfügen müssen. Daher sollte die multiprofessionelle Zusammenarbeit an inklusiven Schulen genauso zum Regelfall werden wie an Ganztagsschulen. Das heißt, multiprofessionelle Teams sind im Gefüge der Schule zu verankern. Notwendige Absprachen und Teambesprechungen erfordern außerdem gemeinsame Zeitfenster und für alle verbindliche Regeln. Transparenz im Team wird genauso wichtig wie Transparenz in der Schule. Nicht zuletzt lebt die multiprofessionelle Zusammenarbeit von Zielstrebigkeit, gegenseitiger Akzeptanz und Anerkennung, vom Vertrauen in die Arbeit und Kompetenz des Anderen sowie von gegenseitiger Wertschätzung.
Das Selbstverständnis der Lehrerinnen und Lehrer, insbesondere in Grund- und Gesamtschulen, umfasste zwar immer schon Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufgaben. Doch können die neuen schulischen Herausforderungen wohl kaum in Personalunion von der einzelnen Klassenlehrkraft im Rahmen ihrer Wochenarbeitszeit noch bewältigt werden. Auch deshalb sind multiprofessionelle Teams nötig. Brauchen sie vor allem mehr kooperative Kompetenz, damit die Zusammenarbeit gelingt? Oder ist diese auch von anderen Faktoren abhängig? Probleme in den Kollegien entstehen häufig dann, wenn es zu wenige Möglichkeiten für einen fachlich-inhaltlichen Austausch gibt. So können leicht Missverständnisse auftreten aufgrund unausgesprochener unterschiedlicher Ziele, Erwartungen, Fallinterpretationen etc. Auch eine fehlende Bereitschaft zur Zusammenarbeit sowie Status- und organisatorische Probleme können eine gute Teamarbeit behindern.

Probleme durch Strukturen

Entstehen Probleme in Teams, hat das nicht nur mit persönlichen Überzeugungen und Kompetenzen zu tun, sondern auch mit vorhandenen Strukturen, in denen unterschiedliche Professionen zusammenarbeiten. Je nach Konzept sind Sonderpädagoginnen, Psychologen, Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen oder Erzieherinnen in einem schulexternen Expertenteam oder Kompetenzzentrum angesiedelt, fest an einer Schule angestellt – oder von einem Träger mit speziellem Auftrag an die Schule entsandt. Über den jeweiligen Status der Fachkräfte definiert sich sowohl deren Zugehörigkeit zur Einrichtung, das pädagogische Konzept, nach dem sie arbeiten sollen, als auch ihr Anstellungsverhältnis. Einige Hürden sind auch auf rechtliche Rahmenbedingungen zurückzuführen, die die Kooperation zwischen Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften erschweren können. So wurde z. B. in Hessen 2014 die „Richtlinie zur unterrichtsunterstützenden sozialpädagogischen Förderung (USF)“ inkraft gesetzt (Hessisches Kultusministerium 2014). Ein Grund dafür war eine Rüge des Landesrechnungshofs. Dieser bemängelte, dass es in vielen Schulen eine Mischfinanzierung der Schulsozialarbeit von Land und Gemeinde gegeben habe. In den Arbeitsverträgen der Sozialpädagogen war unklar, ob diese Aufgaben an Schulen nach Sozialgesetzbuch (SGB) VIII wahrnähmen, die in den Zuständigkeitsbereich der Städte und Kreise fallen oder ob sie Tätigkeiten nach dem Hessischen Schulgesetz ausübten, die vom Land finanziert werden müssen. Künftig sollte die Rechtslage eindeutig sein.

Weiter Weg

Fest steht: Es ist noch ein weiter Weg bis zur Schule als einer multiprofessionellen Organisation. Auf vielen Ebenen besteht Klärungsbedarf über:

- das gegenseitige fachliche Verständnis kooperierender Regelschul- und Sonderschullehrkräfte sowie Sozialarbeiterinnen und -arbeiter im schulischen Alltag,
- die Kooperationskompetenzen aller Beteiligten,
- die kooperationsförderliche Gestaltung schulischer Abläufe und die Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- die Verständigung auf eine gemeinsame Aufgabe anstatt sich über unterschiedliche Tätigkeiten auf staatlicher und Trägerebene abzugrenzen.

Ursula Carle,
Professorin für Grundschulpädagogik
an der Universität Bremen

Literatur:

Böttcher, Wolfgang; Maykus, Stephan; Altermann, André; Liesegang, Timm: Individuelle Förderung in der Ganztagsschule. Anspruch und Wirklichkeit einer pädagogischen Leitformel. Unter Mitarbeit von Dirk Nüsken. Münster: Waxmann 2014
Konsortium der Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen (StEG) (Hrsg.): Ganztagsschule. Entwicklung und Wirkungen. Ergebnisse der Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen 2005–2010 (2. überarb. Aufl.). Frankfurt am Main: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), 2010.
Hessisches Kultusministerium: Richtlinie zur unterrichtsunterstützenden sozialpädagogischen Förderung vom 18. August 2014.

BI-Berufsethos als Leitlinie

// Beschäftigte in pädagogischen Arbeitsfeldern sind täglich mit vielen Anforderungen, emotional herausfordernden Situationen und einem großen Handlungsdruck konfrontiert. Die Ansprüche, die Politik und Gesellschaft an Lehrkräfte stellen, sind dazu noch sehr widersprüchlich: Sie sollen in einem hochselektiven, an getrennten Bildungsgängen ausgerichteten System alle Lernenden individuell fördern. Wie soll das gelingen? //

Vor allem erfahren viele Kolleginnen und Kollegen: Schulrechtliche Vorgaben sind oft mit den pädagogischen Grundüberzeugungen und Werten der GEW nicht zu vereinbaren. Widersprüchliche Erwartungen können belastend sein. Lehrkräfte übernehmen deshalb häufig mehr oder weniger unhinterfragt Haltungen, die die selektive Struktur unseres Schulsystems vorgibt – und die sie selbst in ihrer Schulzeit kennengelernt haben. Das einzelne Kind, seine Bildungsbiografie, seine Stärken und Wünsche rücken dabei in den Hintergrund. Es geht in erster Linie um die „objektive“ Leistungsbewertung und die „richtige“ Platzierung im hierarchischen Schulsystem.

Die GEW stellt indes seit vielen Jahren das gegliederte Schulsystem infrage. Die Bildungsgewerkschaft steht für Inklusion und Teilhabe – und somit auch für andere Wertorientierungen. Das Problem: In der Praxis erschweren oft mangelhafte personelle und materielle Rahmenbedingungen deren Umsetzung. Außerdem widerspricht der Inklusionsgedanke tradierten Ansichten

und Routinen in unseren Schulen – und in unseren Köpfen. Damit Lehrkräfte den von Konkurrenz und Selektion geprägten Schulstrukturen wirksam entgegentreten können, bedarf es besonderer Anstrengungen. Der bekannte Inklusionspädagoge Reimer Kornmann beschreibt das als „innere Widerständigkeit“, die es zu entwickeln gilt. Reinhard Stähling, Schulleiter der inklusiven Grundschule Berg Fidel, spricht gar von „Ungehorsam im Schuldienst“.

Ethische Grundlage

Um Stärke zu zeigen und im Interesse der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen – gegen die Logik des Selektionssystems – handeln zu können, braucht unsere Profession eine ethische Grundlage. Am 2004 von der Bildungsinternationale (BI), der weltweiten Dachorganisation der Bildungsgewerkschaften und Lehrerverbände, verabschiedeten Berufsethos* kann sie sich orientieren. Es vereint drei Perspektiven:

1. das Menschenrecht auf Bildung als Grundlage professionellen Handelns;
2. die arbeitsrechtliche Perspektive, die auf angemessene Rahmenbedingungen achtet;
3. die Professionsentwicklung, um die Qualität im Bildungsbereich zu gewährleisten.

>>

AKUTKLINIK URBACHTAL
PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

Burnout
Lebenskrisen
Depressionen
Angststörungen
Chronische Schmerzen
Traumafolgestörungen

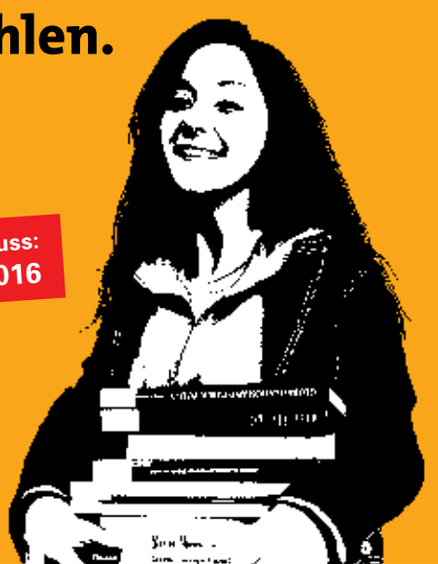
* Hochfrequente Therapie
* Herzlichkeit und Mitgefühl
* Individualität in familiärem Kreise
* 60 Betten / 30 Therapeuten

NM.FK 1327

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

88339 Bad Waldsee
0 75 24 990 222
www.akutklinik.de

Sie studiert!
Wir zahlen.



Bewerbungsschluss:
31. Oktober 2016

➔ Wir fördern junge Frauen und Männer, deren Eltern kein Studium finanzieren können. Sie bekommen von uns ein Stipendium, das sie nicht zurückzahlen müssen. Das ist unser Beitrag für mehr Chancengleichheit in der Bildung.

➔ Infos: www.boeckler.de/stipendium

Böckler-Aktion Bildung: Mut machen, Perspektiven schaffen

Hans Böckler Stiftung

>> Das BI-Manifest verbindet demnach individuelle, kollektive und gewerkschaftliche Selbstverpflichtungen. Denn es reicht nicht, wenn einzelne Lehrkräfte ihre Tätigkeit nach ethischen Grundsätzen ausrichten. Diese können nur dann in einer Einrichtung wirksam und tragfähig sein, wenn sie vom gesamten Kollegium geteilt und gelebt werden. Zu einem verbindlichen Berufsethos gehören also auch kollegiales Miteinander und professionelle Teamarbeit.

Kein Luxus

Was folgt daraus? Das Berufsethos muss auch Leitlinie gewerkschaftlicher Arbeit sein. Im GEW-Kontext meint dies: Das uneingeschränkte Bekenntnis zu den allgemeinen Menschen- und Kinderrechten sowie zu den UN-Antidiskriminierungskonventionen sollte die Grundlage unseres professionellen Handelns sein. Nach diesem Wertekanon beurteilen wir Schulgesetze, organisatorische Regelungen, Strukturen und Rahmenbedingungen (Personalschlüssel, Unterrichtsverpflichtung, materielle Bedingungen …). Auf diese Weise helfen wir als Gewerkschaft mit, die Profession weiterzuentwickeln.

Pädagogische und gewerkschaftliche Arbeit ethisch zu verorten, ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, denn:

- Wir dürfen es nicht der Politik überlassen zu definieren, was als gute Bildung für alle gilt. Wir müssen unsere eigene Sicht, unsere eigenen Visionen entwerfen und politisch einbringen.
- Gemeinsame Werte, gegenseitige Achtung und Kooperation verbessern nicht nur die pädagogische Qualität einer Schule, sondern tragen wesentlich zur Berufszufriedenheit bei.
- Die eigene Tätigkeit ethisch zu begründen, hilft in Konflikt- und Entscheidungssituationen.
- Nicht zuletzt: Ethische Maximen sind als professionelle Richtschnur eine Kraftquelle im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen – und machen ihn glaubwürdiger.

Auftrag einlösen

In diesem Sinn ist auch der Beschluss des Gewerkschaftstages 2013 als Auftrag an die Mitglieder zu verstehen:

„Die GEW koordiniert einen Diskussionsprozess zur Vertiefung und Weiterentwicklung des professionellen Selbstverständnisses der Lehrerinnen und Lehrer, der Pädagoginnen und Pädagogen und anderer im Bildungsbereich Beschäftigter. Ziel ist, ein gemeinsames Verständnis für die Rechte und Pflichten, Aufgaben, Einstellungen und Haltungen in einem inklusiven diskriminierungsfreien Bildungssystem zu erarbeiten. …“**

Dieser Auftrag ist noch einzulösen. Er ist Ansporn, mit den Kolleginnen und Kollegen gemeinsam Fortbildungsmodule zu entwickeln. Sie können helfen, das Berufsethos der BI in den Bildungseinrichtungen zu verankern und sowohl Lehrkräfte in ihrer Profession als auch Schulentwicklungen unterstützen. Was wir brauchen, ist eine lebendige Diskussion über die ethischen Grundsätze pädagogischer und gewerkschaftlicher Arbeit. Schule und Gesellschaft lassen sich nur mit mutigen Lehrkräften verändern, die wissen, wofür sie stehen. Sie sollten nicht nützliche „Rädchen im Getriebe“ sein, sondern mündige und kritische Bürgerinnen und Bürger heranbilden: Menschen, die in der Lage sind, Verantwortung für eine friedensfähige, demokratische und nachhaltige Gesellschaft zu übernehmen.

Ilka Hoffmann,
Leiterin des GEW-Vorstandsbereichs Schule

***www.gew.de/GEW-Berufsethos-PDF**
****www.gew.de/GEW-Berufsethos-Beschluss-PDF**

Was verbindet Pädagoginnen und Pädagogen?

Foto: dpa

Dem Leben auf der Spur

Das Medienpaket zur Sexualaufklärung

BZgA
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Für Mädchen und Jungen
Für das selbstständige Lesen
Für das gemeinsame Lesen mit den Eltern
Für den Einsatz im Unterricht

Das Medienpaket enthält

- die Geschichte »**Dem Leben auf der Spur**«
- das Lexikon »**Das kleine Körper ABC**«
- das Faltblatt »**Das Baby im Bauch der Mutter**«
- das doppelseitige Plakat »**Wenn Eizelle und Samenzelle sich treffen**«
- die Anschreiben für Lehr- und Fachkräfte sowie für Eltern und Erziehungsberechtigte.

Bestellen Sie das Medienpaket **kostenlos** unter **order@bzga.de** oder per Post bei der BZgA, 50819 Köln mit dieser **Bestellnummer: 13160000**

Kompass für Berufsethik – Erfahrungen aus Schweden

// **Wie Pädagoginnen und Pädagogen ein gemeinsames Berufsethos entwickeln können, haben zwei große Lehrergewerkschaften aus Schweden gezeigt. Ein Vorbild für Deutschland?** //

2001 beschlossen die Bildungsgewerkschaft Lärarförbundet und die Lehrervereinigung Lärarnas Riksförbund*, beide Mitglied der Bildungsinternationale (BI), gemeinsam eine „Berufsethik für Lehrkräfte“ zu erarbeiten. Sie sollte für sämtliche Lehrkräfte von der Vor- bis zur Hochschule verbindlich gelten. Ein wegweisender und strategisch gedachter Gewerkschaftsbeschluss. Ziel war und ist es, den Lehrerberuf zu stärken und der Profession zu einem klaren Profil zu verhelfen – in dessen Zentrum die Berufsethik steht.

Von einer normalen Lehrkraft wird erwartet, dass sie an jedem Schultag etwa 300 bis 500 Entscheidungen trifft, die z. T. erhebliche Folgen für Schülerinnen und Schüler haben. Gewiss, niemand verhält sich in jeder Lage immer richtig. Wenn im Unterrichts- und Erziehungsalltag unterschiedliche, sogar gegensätzliche Werte aufeinanderprallen, werden professionelle Einschätzungen und Verhaltensweisen schwieriger. Und nur selten bleibt bei Konflikten genug Zeit, über eine heikle Situation nachzudenken und sich mit anderen zu beraten. Umso hilfreicher ist es, wenn sozusagen ein berufsethischer Kompass die Richtung des professionellen Urteilens und Handelns leitet.

Diskussionsprozess

Die Arbeit an den „berufsethischen Standpunkten“ begann bereits 1996 mit einer Vereinbarung zwischen Lehrergewerkschaften und Arbeitgebern. Der Diskussionsprozess, der daraufhin in Gang kam, fand sowohl unter den Mitgliedern als auch gemeinsam mit Wissenschaftlern statt. Daraus entstanden Materialien als Grundlage für halbtägige berufsethische Fortbildungen. Um qualifizierte Kursleiter für solche Seminare zu gewinnen, sogenannte „Berufsethikpiloten“, organisierten die Lehrerverbände alle zwei oder drei Jahre Ausbildungs- und Fortbildungsveranstaltungen. Von diesem Angebot machten im Lauf der Zeit über 100 Lehrkräfte Gebrauch.

Die Berufsethikseminare werden intern unter den Mitgliedern der beiden Verbände, über Fachzeitschriften, auf Websites, bei Kursen und verschiedenen Lehrermessen wie „Skolforum“ beworben. Die Schule zahlt nur eine geringe Verwaltungsgebühr für die Fortbildung, die Gewerkschaften übernehmen bislang die Kosten für die Seminarleitungen. Seit 2001 haben im ganzen Land Hunderte solcher Seminare zum Berufsethos stattgefunden – es müssen aber noch viele weitere folgen, um sämtliche Schulen und Lehrkräfte in dieser Richtung weiterzubilden.

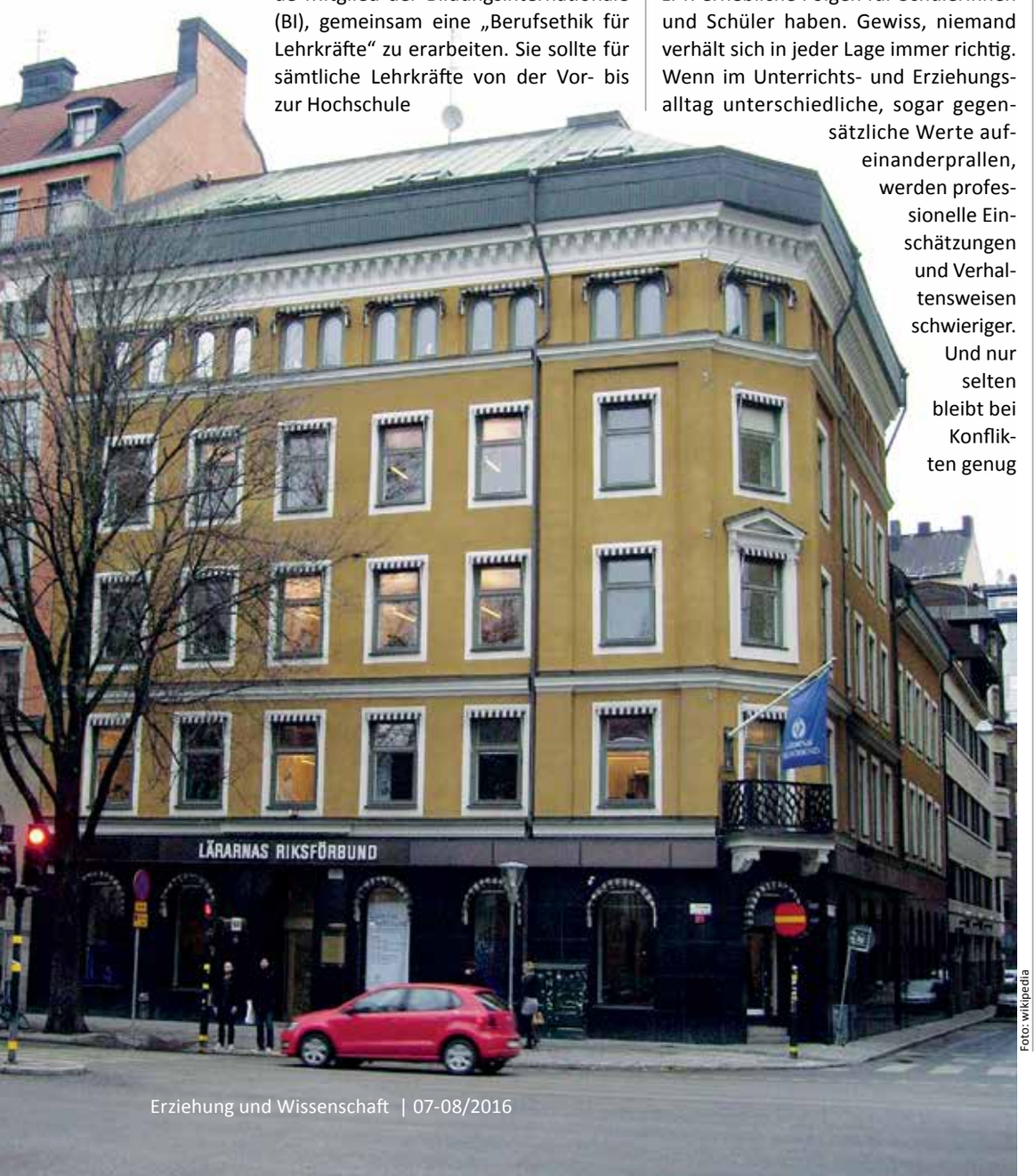


Foto: wikipedia

Der Sitz der Lehrervereinigung Lärarnas Riksförbund in Stockholm. Sie hat zusammen mit der Bildungsgewerkschaft Lärarförbundet einen Diskussionsprozess zur Berufsethik der schwedischen Lehrkräfte initiiert.

Die Seminare machten den Teilnehmenden bewusst, wie wichtig eine verbindliche berufsethische Orientierung gerade für die Arbeit von Pädagoginnen und Pädagogen ist. Wir müssen uns als Lehrkräfte damit auseinandersetzen und im Berufsalltag danach handeln. Insbesondere sollten wir auch über unsere Macht und unseren Einfluss als Lehrkräfte sprechen und wie wir damit verantwortungsvoll umgehen. Berufsethische Maximen sollten zudem unabhängig von politischen Strömungen und pädagogischen Moden sein.

2006 gründeten Lärarförbundet und Lärarnas Riksförbund gemeinsam den „Berufsethischen Rat der Lehrer", der sich zusammen mit Wissenschaftlern auf verschiedenen Fachkonferenzen bemüht hat, das Wissen über die Profession zu vertiefen. Auch in den Medien war der Rat stets präsent. Er richtete ein Diskussionsforum auf seiner Website ein, sammelte und verbreitete Literaturtipps, schrieb Leserbriefe und Kolumnen zu berufsethischen Fragen. Und er stand und steht im engen Kontakt zu den Leitern berufsethischer Fortbildungen der Lehrerverbände, sodass ein gegenseitiger Austausch möglich ist.

Konsens ist, dass die professionelle Verantwortung der Lehrkräfte über ihren Unterrichtsauftrag hinausgeht, ihre pädagogische Aufgabe zukunftsgerichtet ist und sie verpflichtet sind, ihre Profession weiterzuentwickeln. Zur beruflichen Verantwortung gehört es ebenso, die Probleme Heranwachsender zu erkennen und zu analysieren sowie das eigene Handeln zu reflektieren und Lösungen vorzuschlagen. Es ist Aufgabe der Pädagogen, sich die erforderlichen Kenntnisse anzueignen, um Kinder und Jugendliche besser unterstützen zu können, die Lernziele zu erreichen, ihr individuelles Potenzial auszuschöpfen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Die gemeinsam entwickelte Berufsethik sollte dabei Wertefundament und Leitlinie für das pädagogische Handeln sein, auf die sich alle Lehrkräfte beziehen und an der sie sich orientieren können. Die schwedischen Lehrergewerkschaften sind von diesem Ansatz überzeugt – und haben sich entschieden, für die berufsethische Fortbildung umfangreiche Ressourcen bereitzustellen. In Schweden haben wir in dieser Hinsicht schon einiges erreicht, die Berufsethik von Lehrerinnen und Lehrern spielt seit 15 Jahren eine immer größere Rolle. Auch wenn noch viele Schritte vor uns liegen, bis sie genauso anerkannt ist wie etwa die von Ärzten, Krankenpflegern, Juristen oder Journalisten. Aber es liegt im Interesse aller, dass pädagogische Professionen auf einem festen ethischen Fundament basieren und das Vertrauen der Allgemeinheit genießen.

> „Der Beruf der Lehrenden fußt auf dem Vertrauen der Gesellschaft und bedeutet eine große professionelle Verantwortung. Lehrkräfte müssen deshalb ihre fachlichen Kompetenzen immer in dem Bewusstsein einsetzen, dass sich die Qualität ihrer Tätigkeit direkt auf die Gesellschaft und ihre Bürgerinnen und Bürger auswirkt. Daher sind die Qualität der Berufsausübung zu verbessern und die Professionalität zu stärken."
>
> Auszug aus: „Berufsethik für Lehrkräfte" – „Lärares Yrkesetik"

Magnus Blixt,
Grundschullehrer in Schweden
und Seminarleiter, Mitarbeit beim
„Berufsethischen Rat der Lehrkräfte"

Weitere Informationen zur schwedischen Lehrerethik: www.lararesyrkesetik.se

***Die Bildungsgewerkschaft Lärarförbundet hat 233 000 Mitglieder, die Lehrervereinigung Lärarnas Riksförbund 80 000.**

„Schulen müssen ihre Bildungsziele neu ausrichten“

// Kinder an die Macht? Ja, sagt Bildungsforscher Lothar Krappmann und verlangt mehr Mitbestimmung und Demokratie in der Schule. Er argumentiert mit der UN-Kinderrechtskonvention. Gemeinsam mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hat er ein Manifest für „Kinderrechte, Demokratie und Schule“ verfasst. //

E&W: Die UN-Behindertenrechtskonvention als Motor für die Inklusion kennt im Bildungsbereich mittlerweile jeder. Ganz anders ist es mit der UN-Kinderrechtskonvention und ihren Auswirkungen auf die Schulen. Warum ist das so?

Lothar Krappmann: Deutschland stand der UN-Kinderrechtskonvention anfangs ablehnend gegenüber. Die damalige Regierung (CDU/CSU/FDP, Anm. d. Red.) war der Meinung, dass die Bundesrepublik schon genug tue für die Kinder und deshalb diese Konvention gar nicht brauche. Das entsprach damals durchaus der öffentlichen Meinung. Zwar ratifizierte Deutschland Anfang der 1990er-Jahre die Konvention, aber die Einstellung, dass es Kindern in Deutschland doch sehr gut gehe und eigene Rechte deshalb unnötig sind, wirkt offenbar immer noch nach.

E&W: Aber es geht den Kindern doch vergleichsweise gut, oder?

Krappmann: Ja, allerdings nicht allen. Unter Armut, Vernachlässigung, Gewalt, Missbrauch leiden auch in Deutschland viele Mädchen und Jungen. Deshalb brauchen wir mehr Aufmerksamkeit für die Kinderrechte. Es sind nicht Sonderrechte, sondern die allgemein gültigen Menschenrechte für Kinder.

E&W: Welche Rechte sind das konkret?

Krappmann: Schutz, Gesundheit, soziale Absicherung, gute Entwicklung und Beteiligung. Besonders wichtig ist auch der Zugang zu Bildung. Die Kinderrechtskonvention verlangt, dass das Wohl der Kinder und ihre Interessen immer mit bedacht werden, wenn gesellschaftlich und für ihr Leben relevante

Foto: dpa

Prof. Lothar Krappmann

Entscheidungen getroffen werden. Kinder müssen mitreden und beteiligt werden an allen Prozessen, die ihre Zukunft betreffen. Das gilt vor allem für die Bildungsinstitutionen.

E&W: Was heißt das für die Schulen? Kinder an die Macht?

Krappmann: Sie sind ja schon in manche Entscheidungsprozesse einbezogen. Es gibt Schülerparlamente, Klassenräte, Schulsprecher und viele andere Gremien. Aber oft spielt sich das nur auf der formellen Ebene ab. Wenn man die Kinderrechte ernst nimmt, müssten sich Schulen bei allen wichtigen Entscheidungen mit den Kindern abstimmen. Es sollte Teil der demokratischen Kultur sein, dass Kinder von klein auf erfahren, dass ihre Stimme zählt, auch im Unterricht und beim Lernen.

E&W: Demokratie-Erziehung ist doch Teil des Bildungsauftrags jeder Schule. Wo sehen Sie da Mängel?

Krappmann: Kinder sollten beispielsweise mitreden dürfen, welche Themen im Unterricht behandelt und wie sie vermittelt werden. Vieles von dem, was Kinder lernen sollen, steht mit ihrem Alltag, ihrem Leben in keiner Beziehung – und dann funktionieren Lernprozesse nicht. Wenn man die UN-Kinderrechtskonvention ernst nimmt, müssten Schulen ihre Bildungsziele neu ausrichten, denn die Vertragsstaaten sichern zu, dass alle Fähigkeiten und Interessen der Kinder einbezogen und sie auf Mitverantwortung für das gemeinsame Leben vorbereitet werden.

E&W: Es gibt verbindliche Curricula, an die sich Lehrkräfte halten müssen. Wie sollen sie die Kinder da einbeziehen?

Krappmann: Indem man sie einfach fragt! Ich glaube nicht, dass Kinder plötzlich den Lehrplan komplett auf den Kopf stellen würden. Ich habe viele Jahre an Schulen geforscht. Darüber, wie Schülerinnen und Schüler ihr gemeinsames Klassenleben gestalten, ihre Freundschaften pflegen, wie sie streiten, wie sie lernen. Dabei fiel auf, dass sie im Unterricht oft völlig orientierungslos sind. Sie wissen nicht, wozu sie etwas lernen oder was demnächst bzw. im nächsten Jahr auf dem Plan steht – weil sie in der Regel ihren Lernweg nicht mit entwerfen.

E&W: Welche Themen fehlen den Kindern im Unterricht?

Krappmann: Es gibt so viele Themen, über die Kinder mehr erfahren müssten, die sie interessieren, die sie ängstigen. Das zeigen Umfragen. Wir leben in schwierigen und brüchigen Zeiten – mit rasantem technischen Fortschritt, Terroranschlägen und Millionen Menschen auf der Flucht. Ernste Themen, die auch das Leben der Kinder bestimmen. Verantwortung können Kinder

nur übernehmen, wenn sie Wissen erwerben, Urteilskriterien bilden können und demokratisch handlungsfähig werden, in Bezug auf Aufgaben, die sich in der Schule selber stellen: Gewalt, Diskriminierung, Armut. Die Schule muss Grundlagen dafür legen und Erfahrung vermitteln, sagt die UN-Konvention.

E&W: Das werden vermutlich jeder Lehrer und jede Lehrerin in Deutschland genauso sehen. Warum braucht man dafür jetzt ein neues Manifest?

Krappmann: Sicher haben Lehrkräfte solche Ziele im Kopf, viele Schulen setzen das in Projekten um, manchmal auch im Unterricht. Aber oft bleibt es dem Zufall überlassen. Genau das geht laut Kinderrechtskonvention nicht.

E&W: In Fächern wie Religion, Ethik oder Sozialkunde findet aber doch genau das statt. Reicht das nicht?

Krappmann: Nein, denn Demokratie-Erziehung muss Kern der Schulbildung sein – und darf nicht in Randfächer abgeschoben werden. Zudem müssen demokratische Prozesse Teil des Alltags sein – durch die Übernahme von Patenschaften, Sozialpraktika oder andere Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie Kommunen, Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden.

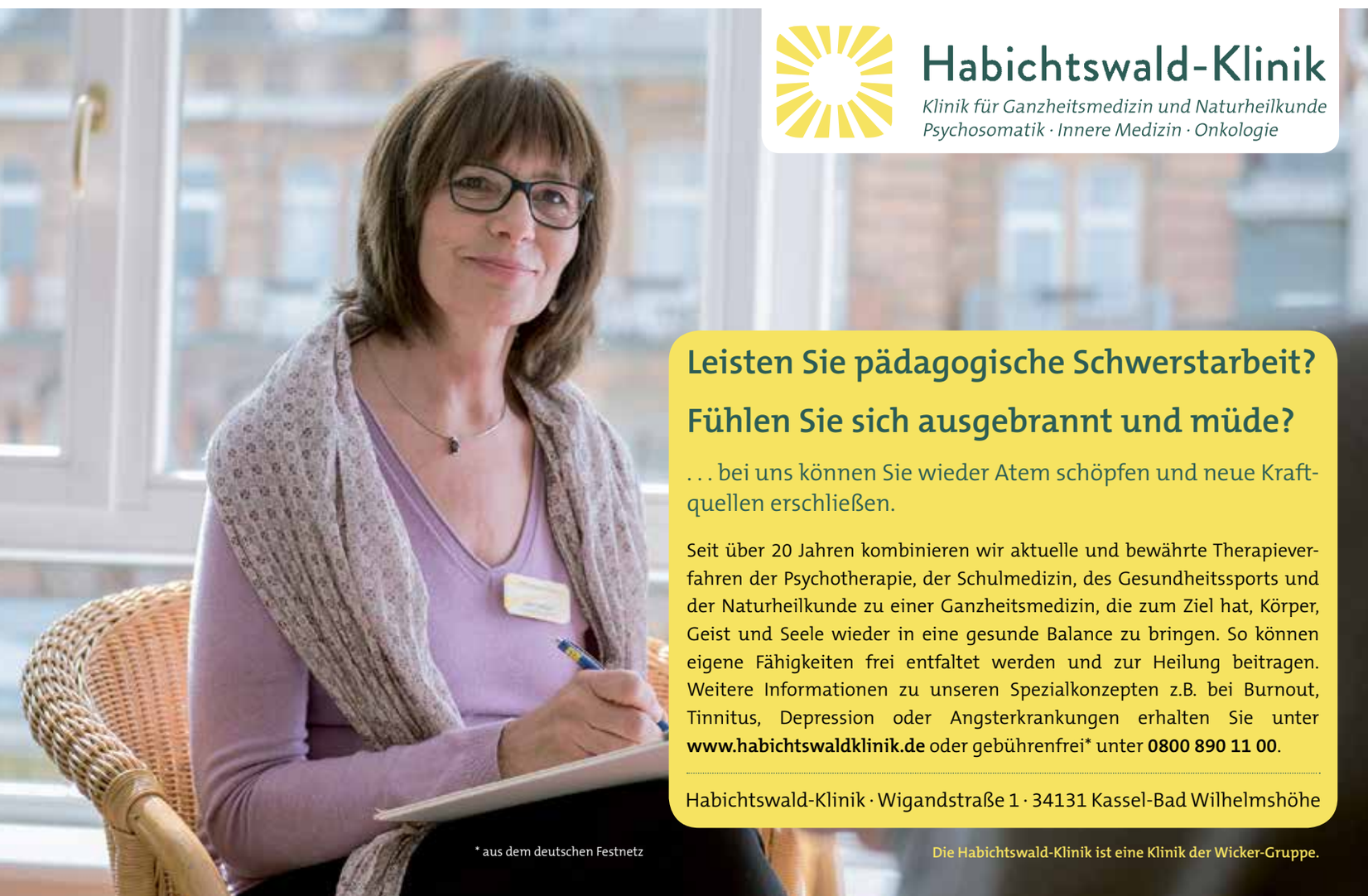
E&W: Wie könnte das zum Beispiel eine Mathelehrerin umsetzen?

Krappmann: Sie könnte den Kindern beibringen, wie man Statistiken richtig liest. Schülerinnen und Schüler könnten lernen, dass sich Zahlen unterschiedlich deuten lassen – und welche Gefahren damit verbunden sind. Täglich werden wir mit Zahlen überflutet, die wir interpretieren können müssen, um nicht manipuliert zu werden. Letztlich können alle Fächer dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche auf der Grundlage von Rechten handlungsfähig werden. Wir Erwachsenen hinterlassen ihnen keine wohlgeordnete Welt. Sie stehen vor riesigen Aufgaben. Darauf muss Schule vorbereiten – und zwar auf der Basis der internationalen Kinderrechte.

Prof. Lothar Krappmann war Forschungsleiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, außerdem Mitglied des UN-Ausschusses für die Rechte der Kinder. Gemeinsam mit anderen Bildungsexpertinnen und -experten hat er eine Streitschrift „Für mehr Demokratie in der Schule“ verfasst.

Interview: Katja Irle,
freie Journalistin

Krappmann, L./Petry, C. (Hrsg.): Worauf Kinder und Jugendliche ein Recht haben. Kinderrechte, Demokratie und Schule: ein Manifest. Debus Pädagogik Verlag, Schwalbach 2016



Menschenrechtsbildung

// „Menschenrechte zu realisieren“ (s. die Experten-Gesprächsrunde ab S. 6 ff.) kann engagierten Pädagoginnen und Pädagogen eine gemeinsame Weiterorientierung geben und Teil ihrer professionellen Haltung sein. Menschenrechtsbildung ist aber auch Teil eines demokratischen Erziehungsauftrages. Eine kürzlich erschienene Publikation des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) vermittelt Grundwissen über Menschenrechte und deren Entstehungsgeschichte. //

Was sind die Inhalte der Menschenrechte? In welchen Verträgen und Konventionen sind sie verankert und wer schützt sie? Was hat Diskriminierung mit Menschenrechten zu tun? Welche Rolle spielen sie in Europa, in Deutschland und nicht zuletzt im Alltag von uns allen? Die neue Bildungsmaterialie des DIMR beantwortet diese und viele weitere Fragen. Ziel der Menschenrechtsbildung ist es, eine Kultur der Menschenrechte zu fördern, schreiben die Autorinnen der DIMR-Publikation in der Einleitung. Dabei gehe es einerseits darum, Menschenrechte bekannt zu machen, andererseits auch darum, dass man sie respektiert und verteidigt. „Menschenrechte sollen als verbindliche Vorgaben für den Staat akzeptiert werden, aber auch als Maßstab für gesellschaftliches und zwischenmenschliches Handeln gelten“, heißt es in der Broschüre. Deshalb sollten Menschenrechte in der Politischen Bildung, der Demokratie-Erziehung und interkulturellen Bildung sowie der Antidiskriminierungspädagogik thematisiert und nicht zuletzt auch im pädagogischen Alltag vorgelebt werden. Anders ausgedrückt: Eine explizit menschenrechtliche Orientierung ist nötig, um Unrecht, Ungerechtigkeit und die Verletzung der Menschenwürde als solche erkennen und kritisieren zu können. Und: „Es macht einen Unterschied, ob ich aufgrund eines diffusen Unrechtsgefühls um etwas bitte oder ob ich es einfordere, weil es mein Recht ist“, erläutert Sandra Reitz, Leiterin der Abteilung Menschenrechtsbildung am DIMR und Mitautorin der Publikation.

Die Intention der Publikation: durch Vermittlung von Fakten sowohl für Gerechtigkeit zu sensibilisieren als auch Jugendlichen und Erwachsenen Handlungsoptionen aufzuzeigen, die sie darin bestärken, sich für ihre eigenen Menschenrechte sowie für die anderer einzusetzen.

Praxisübungen

Ein ausführlicher Übungsteil unterstützt Lerngruppen dabei, die Themen partizipativ und spielerisch zu erarbeiten. So wird etwa in einer Übung dazu aufgefordert, einen Aktionsplan gegen Diskriminierung zu entwickeln – zum Beispiel in Form einer Ausstellung, einer Petition oder eines Theaterstücks. Beim Thema „Flucht und Asyl“ sind die Lernenden aufgefordert, sich in Einzelarbeit mit der Frage „Was würde Flucht für mich bedeuten?“ zu beschäftigen. Und zum Thema „Behinderung und Inklusion“ wird angeregt, sich in der Rolle von „Gemeindedetektivinnen“ und „Gemeindedetektiven“ auf die Suche nach Barrieren in ihrem Umfeld zu begeben.

Die Materialien lassen sich für die schulische und außerschulische Bildung nutzen und eignen sich für die Arbeit mit Menschen ab 15 Jahren. Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt. Sechs Module, die auch unabhängig voneinander bearbeitet werden können, beleuchten mit einführenden Texten, weiterführenden Hinweisen, Übungen und Arbeitsblättern unter anderem weitere Themen, etwa „Schutz vor Diskriminierung“, „Zugang zum Recht“, „Kinderrechte und Partizipation“. Ein Glossar erläutert wichtige menschenrechtliche Fachbegriffe.

Paola Carega,
wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Menschenrechtsbildung am Deutschen Institut für Menschenrechte, Berlin

„Menschenrechte – Materialien für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen“, herausgegeben vom Deutschen Institut für Menschenrechte, Berlin, März 2016; 114 Seiten. Die Publikation kann gegen Portogebühr bestellt werden, steht aber auch als kostenloser Download zur Verfügung: www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsbildung/publikationen

Daueraufgabe Integration

// Der aktuelle Bildungsbericht* zeigt, dass sich die Bildungsbeteiligung junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund annähert. Allerdings sind Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln nach wie vor benachteiligt. //

Junge Menschen, deren Eltern einst als Zuwanderer nach Deutschland kamen, holen auf. Und zwar, so konstatiert es der jüngst veröffentlichte Bericht „Bildung in Deutschland 2016“ vom Kindergarten bis zur Uni. Von den Drei- bis Fünfjährigen mit nichtdeutscher Muttersprache – das betrifft immerhin fast jedes dritte Kind in dieser Altersgruppe – besuchen heute rund 90 Prozent eine Kita. Der Anteil junger Menschen aus Migrantenfamilien, die studieren, hat sich in zehn Jahren nahezu verdoppelt.

Migrantinnen und Migranten profitieren also von dem Trend zu mehr Bildung und höheren Abschlüssen, der unvermindert anhält.

Es ist die sechste Gesamtschau des deutschen Bildungssystems, und wie schon im ersten Report aus dem Jahr 2006 liegt der Fokus erneut auf den Menschen nichtdeutscher Herkunft. Die zehn Jahre, die zwischen beiden Berichten liegen, zeigen aber auch: Integration bleibt eine Daueraufgabe. Dass der Weg zu mehr Chancengleichheit noch ein langer und mühsamer ist, mussten auch Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) und die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die Bremer SPD-Senatorin Claudia Bogedan, einräumen, als sie den Bericht im Juni präsentierten.

Die herkunftsbedingte Ungerechtigkeit im Bildungssystem bleibt eine hartnäckige Begleiterin der Bildungsexpansion, wie das Autorenkollektiv des Berichts feststellt: „Soziale Disparitäten bleiben konstant“, so der Sprecher der Forschergruppe, Prof. Kai Maaz vom

Ungleichheiten in der Bildung

- **Soziale:** Ein Viertel aller Minderjährigen wächst in einer von drei Risikolagen auf: in einer finanziellen (geringes Einkommen), familiären (Alleinerziehende) oder sozialen (Eltern nicht erwerbstätig). Auf knapp vier Prozent der Heranwachsenden treffen alle drei Risiken zu. 2012 besuchten Jugendliche mit einem niedrigen sozioökonomischen Status zumeist einen Realschulbildungsgang (30 Prozent) oder eine Integrierte Gesamtschule (27 Prozent); Jugendliche aus einem Elternhaus mit hohem sozioökonomischen Status befanden sich überwiegend im gymnasialen Bildungsgang (69 Prozent).
- **Ethnische:** Während deutschstämmige Jugendliche im Schuljahr 2014/15 fast zur Hälfte am Gymnasium waren (rund 44 Prozent) und nur zu acht Prozent an Hauptschulen, besuchte nur knapp ein Viertel (24 Prozent) der Jugendlichen aus Migrantenfamilien das Gymnasium, ein weiteres Viertel (25 Prozent) die Hauptschule. Vergleicht man die Gruppen allerdings auf der Basis des gleichen sozioökonomischen Status, dann waren Schülerinnen bzw. Schüler mit und ohne Migrationshintergrund an allen Bildungsgängen mit etwa gleicher Häufigkeit vertreten.

ale

Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). Obwohl inzwischen mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler von Ganztagsangeboten profitiert und sich die Zahl derer, die Schularten mit mehreren Bildungsgängen besuchen, in zehn Jahren von 700 000 auf 1,1 Millionen erhöht hat, hängt der Bildungserfolg von Kindern nach wie vor eng mit ihrem Elternhaus zusammen. (s. Kasten S. 21)

Es sind vor allem milieubedingte, soziale Nachteile, die die Kinder im Bildungssystem ausbremsen. So hat der Nachwuchs aus Familien nichtdeutscher Herkunft im Vorschulalter häufiger Sprachförderbedarf – in den Großstädten werden sogar jedem zweiten Kind bei der Einschulungsuntersuchung Defizite attestiert. Sorge bereitet den Wissenschaftlern in diesem Zusammenhang ein Schlaglicht aus dem vergangenen Jahr: Befragungen zeigten damals, dass jedes dritte Kind mit nichtdeutscher Muttersprache eine Kita besucht, in der die Mehrheit der Spielkameradinnen und -kameraden zu Hause ebenfalls kein Deutsch spricht.

Segregationstendenzen, die sich im Schulsystem fortsetzen. Kinder, deren Eltern einst einwanderten, sind überproportional häufig an Haupt- und Förderschulen zu finden, was sich wiederum auf die beruflichen Chancen auswirkt: „Menschen ohne Schulabschluss sind beim Zugang zur beruflichen Bildung faktisch chancenlos, und der Hauptschulabschluss bietet nur Zugang zu einem sehr eingeschränkten Segment von Berufen“, so Maaz.

Auch als Erwachsene sind Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich stark in der Gruppe der gering und niedrig Qualifizierten zu finden. Jeder und jede dritte 30- bis 35-Jährige mit ausländischen Wurzeln hat keinen Berufsabschluss. Zum Vergleich: Unter den Menschen ohne Migrationshintergrund gelten nur knapp zehn Prozent als ungelernt. Diese gering und niedrig Qualifizierten seien von der Bildungsexpansion faktisch abgekoppelt, warnt Maaz und empfiehlt den Bildungspolitikern, verstärkt den Blick auf diese Gruppe richten.

In diesem Jahr erhält das Schwerpunktthema „Bildung und Migration“ zudem besondere Brisanz: Denn aktuell kommen noch jene Menschen hinzu, die in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen. Über die Hälfte derjenigen, die vergangenes Jahr Asyl beantragten, ist jünger als 25 Jahre. „Die Integration der Zugewanderten ist zuerst eine Aufgabe des Bildungssystems“, appelliert Bildungsforscher Maaz an die Politik. Und prophezeit schon einmal, dass Kompetenzunterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, die in den letzten Jahren kleiner geworden seien, mit den neu Hinzugekommenen wieder größer und sichtbarer würden.

Die Autorengruppe hat errechnet, dass allein für die im Jahr 2015 Eingewanderten bis zu 44 000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagogen und Lehrkräfte von der Kita bis zur Berufsschule nötig sind. Kosten: bis zu drei Milliarden Euro jährlich.

Mehr Zeit, Raum und Geld

„Wir gehen eher von 4,3 Milliarden Euro pro Jahr aus, wenn man auch die Integrationskurse einbezieht“, sagt GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Die GEW mache sich dafür stark, die mit 25 Euro pro Einheit mager honorierten Kursleiterinnen und -leiter tarifvertraglich zu entlohnen. Im Hinblick auf die schulische Integration geflüchteter Kinder rät Tepe, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. „In den 1990er-Jahren, als die Menschen aus dem Jugoslawienkrieg flohen, hat man einfach so weitergemacht wie bisher, nur mit mehr Kindern.“ Die Mädchen und Jungen, die heute nach Deutschland kämen, müssten in ihren Bedürfnissen und Problemen erkannt und ernst genommen werden. „Wir brauchen dafür die Unterstützung durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen, die in den Unterricht einbezogen werden“, betont Tepe.

Außerdem fordert sie mehr Raum und Zeit in den Schulen ein: für differenziertes Lernen, Fortbildungen und den Austausch der Pädagoginnen und Pädagogen. Es sei überfällig, adressiert die GEW-Vorsitzende an Bund und Länder, das selbstgesteckte Ziel des Dresdner Bildungsgipfels von 2008 endlich umzusetzen und zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP – derzeit: 9,1 Prozent) für Bildung auszugeben.

Anna Lehmann,
taz-Redakteurin

***www.bildungsbericht.de/de/nationaler-bildungsbericht**

Foto: Alexander Paul Englert

Soziale Disparitäten bleiben konstant: Der Bildungserfolg von Mädchen und Jungen hängt nach wie vor stark von ihrer Herkunft ab.

Pech, wer keine Bleibeperspektive hat

// Über Monate gab es Streit in der Großen Koalition, dann ging es doch schneller als erwartet: Die Bundesregierung hat Ende Mai nach dem Motto „Fördern und Fordern“ einen Entwurf für ein neues Integrationsgesetz vorgelegt. Er knüpft das Recht, in Deutschland bleiben zu können, an die verpflichtende Teilnahme an bestimmten Integrationsmaßnahmen. Und: Wer nicht arbeitet, in Ausbildung ist oder Lebenspartner bzw. Kinder hat, auf die das zutrifft, kann künftig gezwungen werden, an bestimmten Orten zu leben („Residenzpflicht“). //

Ein zentrales Problem des Gesetzentwurfs liegt allerdings auch darin, dass geflüchtete Menschen nach ihrer Bleibeperspektive kategorisiert werden. Ob es positive Veränderungen für sie gibt, hängt davon ab, welchen Status man ihnen zuweist: So werden etwa Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive – das sind vor allem Syrer, Iraker und Eritreer – beim schnellen Zugang zu Integrationskursen mit anerkannten Zugewanderten gleichgestellt. Asylsuchende aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“* hingegen – zu denen bereits heute beispielsweise Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, Albanien, der Kosovo, Senegal und Ghana gehören – will die Bundesregierung von etlichen Verbesserungen in der Berufsausbildung sowie den Integrationskursen ausschließen.

Neben dem Ausweisungskriterium „Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten“ schafft der Gesetzentwurf noch eine weitere Kategorie Benachteiligter: Jene Asylbewerber, die keine „gute Bleibeperspektive“ haben. Darunter fallen Menschen, die aus einem Land stammen, aus dem statistisch gesehen mehr als 50 Prozent der Asylbewerber nicht anerkannt werden. Ihnen unterstellt der Gesetzgeber, dass sie wahrscheinlich keine Aussicht auf ein Bleiberecht haben – obwohl das vielfach nicht stimmt: Aus Afghanistan etwa, ein Land, das zu dieser Gruppe gehört, darf am Ende nahezu jeder Zweite bleiben (2014: 46,7 Prozent der Asylsuchenden), aus Somalia rund jeder Vierte, aus Pakistan jeder Fünfte.** Gleichzeitig zögen sich, wie der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) moniert, die Asylverfahren genau dieser Gruppen besonders lange hin, weil sie „nachrangig bearbeitet werden“.*** Menschen, die lange auf die Bewilligung ihres Asylantrages warten müssten, von Integrationskursen auszuschließen sei jedoch „integrationspolitisch kontraproduktiv“, so der SVR.

Der Schul- und Hochschulbereich bleibt föderalismustypisch von den Neuregelungen unberührt. In Sachen Ausbildung tut sich einiges, darunter auch Positives. Junge Geflüchtete mit Ausbildungsplatz dürfen künftig „3 plus 2“ Jahre in Deutschland bleiben. Das heißt, sie dürfen hier nach ihrer Ausbildung mindestens zwei Jahre weiter arbeiten. Das ist einerseits ein Zugeständnis an die Arbeitgeber, für die sich eine Ausbildung kaum lohnt, wenn jemand am Tag nach der letzten Prüfung das Land verlassen muss. Andererseits wird endlich Auszubildenden mit Abschluss zugestanden, was ausländische Studierende bereits dürfen: Ein halbes Jahr lang können sie nach ihrer Prüfung im Land bleiben und Arbeit suchen. Keine Rücksicht nimmt das neue Gesetz allerdings, wenn die Ausbildung abgebrochen wird; das kann die Duldung sofort beenden.

Auch in der Ausbildungsförderung zeichnet sich ab, dass der Gesetzgeber geflüchtete Menschen in Kategorien einteilt: Die mit „guter Bleibeperspektive“ erhalten nach drei Monaten Zugang zu Maßnahmen der Berufsvorbereitung und assistierten Ausbildung; nach 15 Monaten folgen Berufsausbildungsbeihilfe, Ausbildungsgeld und finanzielle Ausbildungshilfen. Wer hingegen aus einem „sicheren Herkunftsland“ geflüchtet ist, erhält eine Berufsausbildungsbeihilfe nur dann, wenn er nicht in einer Aufnahmeeinrichtung lebt. Um in die Berufsvorbereitung zu kommen, müssen zudem die Deutschkenntnisse „einen erfolgreichen Übergang in die Berufsausbildung erwarten lassen“.****

Sanktionen

Die Neuregelungen der Integrationskurse hat die Bundesregierung am stärksten mit Sanktionen verbunden. So wird einerseits zahlreichen Gruppen Zugewanderter der Zugang zu den Kursen versperrt. Andererseits wird sanktioniert, wer nicht teilnimmt: Nach dem neuen Gesetz drohen in dem Fall nicht nur Leistungskürzungen, sondern auch Konsequenzen für den Aufenthalt (s. Kommentar S. 24).

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***Die Entscheidung, ob die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden, hat der Bundesrat am 17. Juni erst einmal vertagt.**
****Quelle: Asyl-Geschäftsstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF): www.bamf.de**
*****Stellungnahme des SVR: www.svr-migration.de/presse**
****** Weitere Infos s. Positionierung des DGB unter: www.dgb.de/themen**

MARLIS TEPE

Foto: Kay Herschelmann

Integration von Anfang an

Zweifelsohne ist die Integration zugewanderter Menschen eine große Herausforderung – zuallererst für die Ankommenden selbst, aber auch für die Kommunen und nicht zuletzt für die Beschäftigten im Bildungsbereich. Von einem Integrationsgesetz wird deshalb viel erwartet. Es hätte einer umfassenden Neuregelung bedurft, um Geflüchteten und Asylsuchenden die Aufnahme in die Gesellschaft besser zu ermöglichen. Der Gesetzentwurf der großen Koalition wagt sich aber nur einen Schritt vor und geht zwei zurück. Wir teilen die Kritik, dass Asylsuchende sortiert werden: „Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen." So will die Bundesregierung offensichtlich mit geflüchteten Menschen verfahren, die in Deutschland Schutz und Sicherheit suchen und hier auf eine bessere Zukunft hoffen. Es ist skandalös: Menschen nach ihrem Status und ihrer Bleibeperspektive einzusortieren (s. S. 23). Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und soziale Leistungen werden vom Status abhängig gemacht und entsprechend zugebilligt – oder eben auch nicht. Wer geringe Bleibe-Aussichten hat, wird von Teilhabe auch an Bildung ausgeschlossen. Wer Integrationsangebote nicht wahrnehmen kann oder auch will, dem drohen Sanktionen. Es wird weniger „gefördert" als „gefordert": Das Gesetz sieht zwar gute Integrationsmaßnahmen für bestimmte Gruppen vor – doch andere bleiben außen vor. Und: Die Bundesregierung baut Druck auf und erzeugt Angst vor Ausweisung, wenn Geflüchtete den Forderungen der Politik nicht nachkommen (können).

Wir vermissen vor allem die Verantwortung für den Schutz und die Bildung der Kinder. Ein Integrationsgesetz, das diesen Namen verdient, hätte sich zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention bekennen müssen, die Deutschland 1992 endgültig ratifiziert hat. Kinder dürften nicht diskriminiert werden, heißt es da. Und: Der Status der Eltern dürfe sich nicht negativ auswirken. Das Wohl des Kindes habe immer Vorrang. Das gilt für alle Lebensbereiche. Diese Maxime schließt das Recht auf Bildung, den Zugang zu Kita und Schule sowie zu Hochschulen und zur Berufsausbildung mit ein, ebenso den Schutz vor Gewalt, Misshandlung und Verwahrlosung. Das alles hätte in einem bundesweiten Integrationsgesetz berücksichtigt werden müssen – wurde es aber nicht. Deshalb muss die Politik jetzt dafür sorgen, dass für geflüchtete Kinder und ihre Familien die Teilhabe und Partizipation an unserer Gesellschaft sichergestellt werden. In der Praxis heißt das: Bildung „von Anfang" an – und zwar unabhängig von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive.

Warum die Sorge um die Kinder? UNICEF – das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen – hat gerade einen aktuellen Lagebericht zur Situation der Flüchtlingskinder in Deutschland herausgegeben. Danach werden die Rechte geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Deutschland „auf Schutz, Teilhabe, gesundheitliche Versorgung und Bildung … oft monatelang nur eingeschränkt oder gar nicht gewahrt" (s. S. 4).

Wir fordern die Bundesregierung auf, alles dafür zu tun, dass Kinder und Jugendliche – ab dem ersten Tag ihrer Ankunft – ungehinderten Zugang zu allen Bildungseinrichtungen haben. Nach wie vor gilt die Schulpflicht für geflüchtete Kinder nicht in allen Bundesländern. Einige Länder wollen das und arbeiten an der Umsetzung. In anderen Ländern ist die Schulpflicht für zugewanderte Mädchen und Jungen erst nach drei oder sechs Monaten verbindlich – wiederum andere planen, den Schulbesuch an die Bleibeperspektive zu koppeln.

Das ist menschenrechtlich nicht hinzunehmen. Alles, was notwendig wäre, umzusetzen, ist für den Bildungsbereich ein Kraftakt. Deshalb muss Politik die Bildungsinstitutionen so ausstatten, dass die Beschäftigten ihren Beitrag zu Zusammenhalt und einem gemeinsamen Leben leisten können. Erst dann hätten wir die Lektionen aus der Vergangenheit gelernt.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

„Keine Heilslehre, die Schulprobleme löst“

// Jahrelang haben hochverschuldete Kommunen „Public Private Partnership“ (PPP) genutzt, um neue Schulen zu bauen oder bestehende zu sanieren. Doch was hat diese Kooperation zwischen Behörden und privaten Unternehmen bisher gebracht? Haben sich die Erwartungen der Kommunen und Schulen erfüllt? //

„Land verabschiedet sich von PPP-Projekten“, meldet die in Halle/Saale erscheinende Mitteldeutsche Zeitung am 15. August 2014. „So gut wie keine Befürworter mehr in deutschen Kommunen“, schreibt der Kölner Stadt-Anzeiger am 7. April des gleichen Jahres. Von einem PPP-Schulprojekt mit einer „Kostensteigerung um 59 Prozent“ berichtet der Hessische Rechnungshof in seinem „Kommunalbericht 2015“. PPP, manche sprechen auch von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP), scheint so gut wie tot.

Das sieht Annette Breitenfeld ganz anders. Die resolute 60-Jährige ist Schulleiterin der IGS „Regine Hildebrandt“, einer Integrierten Gesamtschule in Magdeburg-Nord. Sie steht im ersten Stock ihrer Schule und zeigt auf ein schmutzig-braunes Gebäude mit uralten Fenstern, einen DDR-Plattenbau am Rand des Schulhofs. „Unsere Schule sähe jetzt genauso aus“, lacht Breitenfeld. Doch die Stadt Magdeburg entschied 2007, die IGS mit Hilfe von PPP sanieren zu lassen. Die Schule bekam neue Fenster, Fußböden, Decken sowie eine moderne Heizanlage. Ein Aufzug wurde installiert, acht neue Klassenräume entstanden. Für Sanierung, Betrieb und Instandhaltung sind zwei Firmengruppen zuständig, der mittelständische Unternehmen aus der Region angehören, darunter die Industriebau Wernigerode GmbH. Heute tummeln sich 900 Schülerinnen und Schüler in hellen Räumen mit freundlichen Farben, in Türkis, Blau und Orange. Auch die Sporthalle ist modernisiert worden, hinzu kam ein Sportplatz mit Tartanbahn und Beachvolleyball-Feld. „Vorher war das ein Schotterplatz, ein hässliches Teil“, erinnert sich die Schulleiterin.

Und was kostete die Schulsanierung? „Wir haben rund 10,5 Millionen Euro verbaut“, erklärt Professor Matthias Puhle (SPD), Magdeburgs Schulbeigeordneter. Von 2007 bis 2012 ließ die Stadt an der Elbe 20 Schulen via PPP auf Vordermann bringen. Baukosten: 115 Millionen Euro, die Kommune zahlte keinen Cent. „20 Schulen in so kurzer Zeit ohne PPP zu sanieren, das hätte die Ressourcen der Stadt überschritten“, stellt Puhle klar. Auf Anfrage teilt die Kommune mit, dass sie 2016 allein für Betrieb und Instandhaltung dieser Schulen 8,25 Millionen Euro an die beiden PPP-Partner zahlen wird. Hinzu kommen Zins- und Tilgungszahlungen an die beteiligten Banken, darunter die Bremer Landesbank und die Stadtsparkasse Magdeburg.

Inwiefern hatten Magdeburgs Schulleitungen, Lehrkräfte und Eltern Gelegenheit, bei der Planung mitzuwirken? „Es war Tradition, dass wir die Schulleitungen zu den baulichen Bedingungen hinzugezogen haben“, antwortet Beigeordneter Puhle. Beispiel: Ein Architekt hatte vorgeschlagen, das Büro der Schulleiterin im obersten Stock einzurichten, da es dort ruhig sei. „Das geht so nicht“, sei die Reaktion der Schule gewesen. Ergebnis: Das Büro entstand im ersten Obergeschoss, wo die Schulleitung „mitten im Geschehen“ arbeiten konnte.

Ernüchterung und Missklänge

Bei PPP-Projekten hingegen, die das Land Sachsen-Anhalt zu verantworten hat, herrscht Ernüchterung. Etwa beim

Foto: Matthias Holland-Letz

Die IGS „Regine Hildebrandt“ in Magdeburg-Nord war ein marodes, hässlich braunes Gebäude, das mit Hilfe von Public Private Partnership (PPP) saniert werden konnte. Doch wer profitiert am Ende mehr – die Kommune oder die privaten Investoren?

Bau und Betrieb der Justizvollzugsanstalt Burg bei Magdeburg. „Erhebliche finanzielle Mehrbelastung“, kritisierte der Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt in seinem „Jahresbericht 2012“. Andernorts sorgen auch PPP-Schulprojekte für Missklänge. Beispiel Offenbach. 2004 entschied der südhessische Landkreis, 183 Schulgebäude von privaten Partnern sanieren und betreiben zu lassen, unter anderem vom Baukonzern Hochtief. 2015 beanstandete der Hessische Rechnungshof im „Kommunalbericht 2015“ die „stark gestiegenen Kosten“. So habe der Kreis für die PPP-Schulen 2013 insgesamt 82,8 Millionen Euro an die Projektgesellschaften gezahlt. Geplant waren lediglich 52,1 Millionen Euro. Dieser Trend werde sich fortsetzen, warnten die Rechnungsprüfer. „Über die gesamte Laufzeit (2004 bis 2029) werden die Gesamtkosten um 366,8 Millionen Euro höher ausfallen, als in der Beschlussvorlage in 2004 prognostiziert.“ Davon stünden 207 Millionen Euro in Zusammenhang mit „vereinbarten Wertsicherungsklauseln“. Diese Klauseln verpflichten den Landkreis laut Rechnungshof, Preissteigerungen für Bauleistungen, Personal oder Energie auszugleichen. Der Landkreis Offenbach tritt der Kritik entgegen. Da etliche Schulen den Ganztag einführten, hätten sie „Betreuungsräume errichtet“ und „die Ausstattung technisch angepasst“, heißt es in einer Presseerklärung vom 29. April 2015. Der Kreis verweist zudem auf die „Energiepreiserhöhung im Zeitraum 2005 – 2012“. All das habe zu „erheblich höheren Kosten“ geführt.

„Massiver Fehlanreiz“

Holger Mühlenkamp, Professor an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer, zählt zu den PPP-Skeptikern. Er warnt in dem Zusammenhang davor, „Staatsverschuldung zu verdecken“. Denn viele PPP-Verträge seien so gestaltet, „dass das wirtschaftliche Eigentum bei den Privaten liegt“. Also werden auch die Schulden den Privaten zugerechnet – der Schuldenstand der Kommune steigt rein statistisch gesehen nicht. Mühlenkamp sieht deshalb einen „massiven Fehlanreiz“, PPP nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen zu realisieren, sondern „aus politökonomischen Gründen“. Der Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt erklärt, dass Kommunalpolitiker angesichts der „komplexen Vertragsgestaltung“ die Übersicht verlieren könnten. Wie umfangreich ein einziger PPP-Vertrag mitunter ist, erläutert der Magdeburger Schulbeigeordnete Puhl: „Drei Aktenordner reichen nicht – das sind mehrere Kisten voll.“

In Köln fallen die Erfahrungen gemischt aus. Vier PPP-Schulen befinden sich derzeit in Planung. Zehn Schulen sind bereits fertiggestellt worden. Größtes Projekt: Der 2006 abgeschlossene Neubau der Gesamtschule Rodenkirchen, die Baukosten lagen bei 50 Millionen Euro. Agnes Klein (SPD), Schulbeigeordnete der Stadt Köln, versichert, „dass die Schulen hier zufrieden sind“. Auch Zeit- und Kostenplan seien eingehalten worden.

Die Kölner Schulverantwortliche sieht allerdings auch Nachteile: „PPPs sind kostspielig und belasten den Haushalt erheblich.“ Bei PPP-Projekten sei zudem die Beteiligung der Schulen an Bauprozessen „nochmal schwieriger“, unterstreicht Klein. Warum? Weil man bei PPP besonders genau beschreiben müsse, „was, wo und wie an der Schule eingerichtet werden soll“. Also: Wo liegen künftig die Fachräume? Oder: Wie soll der PC-Raum aussehen? Sind die Verträge erst einmal unterschrieben, seien Änderungswünsche „schwierig zu realisieren“. Klein bemängelt: „Man ist nicht mehr Herr im eigenen Haus.“ Sie berichtet, dass z. B. die Gesamtschule Rodenkirchen aufgrund stark steigender Schülerzahlen erweitert werden musste. „Den nachträglichen Mensa-Anbau hat sich der PPP-Partner üppig bezahlen lassen.“

Dennoch könne PPP auch für Köln „in begründeten Einzelfällen ein guter Weg sein“, urteilt die Schulbeigeordnete. Die Einwohnerzahl der Dom-Metropole wachse. Die Stadt plane 28 neue Schulen, das Bauvolumen liege in den nächsten zehn Jahren bei einer Milliarde Euro. Diese Bauvorhaben seien Aufgabe der städtischen Gebäudewirtschaft. „Die Stadt steht mächtig unter Druck“, räumt Klein ein. PPP könne helfen, „die Auftragslast der Gebäudewirtschaft zu senken“. Die Kölnerin plädiert für einen „Mix aus Schulbau klassischer Art und PPP“. Allerdings: „PPP ist nicht die Heilslehre, die Schulprobleme löst.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Lobbycontrol e.V. über PPP:
https://lobbypedia.de/wiki/Public_Private_Partnership
Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.:
www.oepp-plattform.de/

So funktioniert PPP

So funktioniert „Public Private Partnership“ (PPP) bei Schulen: Die Stadt beauftragt einen privaten Partner, häufig ein großes Bauunternehmen. Der baut oder saniert, mitunter sorgt er auch für die Finanzierung. Außerdem verpflichtet er sich, das Schulgebäude zu betreiben, einschließlich Hausmeister-Dienste, Reinigung, Gebäudemanagement. Und das für die Dauer von 20 oder 25 Jahren. Zuweilen wird der Partner während der Vertragslaufzeit sogar Eigentümer des Schulgebäudes. PPP-Unternehmen errichteten oder sanierten bundesweit bislang mehr als 250 Schulen, schätzt der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie. Im Gegenzug zahle der öffentliche Auftraggeber für 20 oder 25 Jahre einen Betrag an das Unternehmen, der mit einer Pacht oder einer Leasing-Rate zu vergleichen ist. Vorteil für die Kommune oder das Land: Sie müssen weniger oder keine Kredite aufnehmen, um das Projekt zu starten. Was bei angespannter Haushaltslage vielerorts hochwillkommen ist. Vorteil für den privaten Partner: Er hat über einen längeren Zeitraum feste, sichere Einnahmen. „Eine Kommune kann nicht insolvent werden“, betont Professor Matthias Puhle, als Beigeordneter der Stadt Magdeburg für Schulen zuständig. M.H.-L.

Asyl: Vorurteil und Fakt

// Nicht nur in rechten Internetforen und unter Sympathisanten der „Alternative für Deutschland“ (AfD), sondern bis in die bürgerliche Mitte hinein kursieren viele – zum Teil hasserfüllte – Klischeevorstellungen und Stereotype über geflüchtete Menschen. So kommt es zu Behauptungen, die häufig auf Ressentiments und Nichtwissen basieren und sich unhinterfragt verbreiten – nicht nur im Netz. Das soll nicht so bleiben. Ab dieser Ausgabe veröffentlicht die E&W-Redaktion in Serie jeweils ein oft gehörtes Vorurteil und hält Fakten dagegen. //

„Der Supermarkt um die Ecke hat wegen der Flüchtlinge Security angeheuert.“

Solche Nachrichten gibt es aus fast jedem Landkreis, wahlweise wird über Vergewaltigungen oder aus dem Teich gestohlene und verzehrte Schwäne berichtet. Meist ist an diesen Meldungen nichts dran, was nichts daran ändert, dass sie geglaubt und im Netz vervielfacht werden. Machen Sie die Probe aufs Exempel und fragen Sie beim besagten Supermarkt nach – die kennen die Gerüchte und verklagen zunehmend die Menschen, die sie fälschlicherweise verbreiten. Oder rufen Sie bei Ihrer Lokalredaktion an, die Journalisten gehen den Gerüchten gerne nach – und können sie fast immer leicht widerlegen. Allein die Seite www.hoaxmap.org listet Hunderte solcher kolportierter und widerlegter Schreckensmeldungen auf.

Christoph Ruf,
freier Journalist

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

125 JAHRE NÜRNBERGER
Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

„Weltoffenheit stärken“

// Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ hat sich Anfang des Jahres eine „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ gebildet. Partner sind u. a. der Deutsche Kulturrat, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die großen Religionsgemeinschaften und der Deutsche Olympische Sportbund. Doch was versteht das Bündnis zum Beispiel unter „Weltoffenheit“ oder „Solidarität“? In den nächsten Ausgaben veröffentlicht E&W dazu Interviews mit führenden Repräsentanten. Zum Auftakt ein Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann //

E&W: Herr Hoffmann, Sie haben als DGB-Vorsitzender die Allianz initiiert (E&W berichtete). Was war der Anlass?

Reiner Hoffmann: Hintergrund waren die Flüchtlingsgipfel im September und Dezember vergangenen Jahres im Kanzleramt. Dort haben sich Vertreter der Arbeitgeberverbände, der Religionsgemeinschaften, der Wohlfahrtspflege und anderer Organisationen getroffen. Alle waren bereit, bei der Allianz mitzumachen, auch unter dem Eindruck der Attentate in Brüssel.

E&W: Welches Ziel hat das Bündnis?

Hoffmann: Wir wollen die positive Haltung, die die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber geflüchteten Menschen hatte und noch hat, stabilisieren und ausbauen. Fakt ist: Zehn Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland engagieren sich in irgendeiner Weise für Asylsuchende, sei es als Helfer in Aufnahmeeinrichtungen oder als pensionierte Lehrkräfte, die Deutsch in Flüchtlingsunterkünften unterrichten. Wir wollen diese Willkommenskultur und Weltoffenheit in der Gesellschaft stärken.

E&W: Wie ist die Resonanz auf die DGB-Initiative?

Hoffmann: Bei so einem Projekt kann man sich nicht genug Resonanz wünschen. Aber sie ist außerordentlich positiv. Fast 200 Organisationen haben sich dem Bündnis angeschlossen. Es gibt in manchen politischen Fragen sicher eine unterschiedliche Positionierung der Allianzpartner, aber in Bezug auf demokratische Grundwerte und eine weltoffene Haltung sind sich alle einig.

E&W: Was heißt das?

Hoffmann: Dass Deutschland und Europa politisch-moralisch verpflichtet sind, Menschen aus Kriegs- und Bürgerkriegsregionen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Und dass in einem weiteren Schritt ihre Integration gelingen muss. Integration hat viele unterschiedliche Facetten. Ein Beispiel: Als viele Sporthallen zu Notunterkünften für Geflüchtete wurden, konnten dort Erwachsene, Kinder und Jugendliche nicht sportlich aktiv sein. Die Stimmung ist aber nicht gekippt, die Menschen haben das akzeptiert. Mitglieder von Sportvereinen haben Geflüchtete gezielt angesprochen und sie zum Mitspielen beim Fußball, Handball oder zu anderen Sportarten eingeladen. Das zeigt: Wenn Menschen miteinander kommunizieren, sind sie einander nicht mehr fremd. Deswegen sind wir froh, dass der Deutsche Olympische Sportbund in der Allianz ist.

E&W: Was tun die DGB-Gewerkschaften, um in ihren eigenen Reihen für mehr Weltoffenheit und Integration zu werben?

Hoffmann: Neben der Willkommenskultur, die wir unterstützen, geht es darum, Integration zu ermöglichen. Für Gewerkschaften heißt das vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt. Denn über Erwerbsarbeit und Einkommen können Menschen eigenständig ihre Existenz sichern. Betriebsräte suchen beispielsweise Arbeitsplätze für Zugewanderte, Gewerkschafter beraten über qualifizierende Maßnahmen. Das ist sehr anspruchsvoll.

E&W: Inwiefern?

Hoffmann: Die Asylsuchenden brauchen zunächst einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Dann muss man sie für Aus- und Weiterbildung gewinnen. Wir haben zum Beispiel erlebt, dass ein hochqualifizierter Ingenieur aus Syrien im Rahmen einer Initiative der IG BAU einen Job auf dem Bau erhält. Nach sieben Tagen sagte er: „Ich bin sehr qualifiziert und kein Hilfsarbeiter.“ Da muss man ihm als Gewerkschafter helfen, beruflich weiterzukommen, damit er nicht aufgibt. Deshalb hat der DGB eine Initiative zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse gestartet.

E&W: Nicht alle geflüchteten Menschen sind Ingenieure.

Hoffmann: 50 Prozent sind jünger als 25 Jahre und haben keine Berufsausbildung. Wir haben in Deutschland fast 30 Tarifverträge, die jungen Zugewanderten den Einstieg ins Berufsleben erleichtern sollen. Aber wir stellen auch fest, dass manche keine Ausbildung machen wollen. Sie wollen lieber sofort arbeiten, um die Familie in der Heimat finanziell unterstützen zu können. Das ist nachzuvollziehen, steht aber im Widerspruch zu unseren Vorstellungen, dass es für künftige Beschäftigungsmöglichkeiten besser ist, zuerst eine Ausbildung zu absolvieren. Hier müssen wir noch nach guten Lösungen suchen.

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Reiner Hoffmann, 61, seit Mai 2014 Vorsitzender des DGB

Foto: dpa

Die Allianz – ein Plädoyer für Vielfalt und Respekt

Zum Beispiel sieht die Ausbildungsvergütung im Bereich der IG BAU im zweiten Lehrjahr fast so viel Entgelt vor wie Einkünfte aus dem Mindestlohn zu beziehen sind. So kann sich die berufliche und materielle Perspektive junger Geflüchteter verbessern, egal, ob sie bleiben oder später in ihr Herkunftsland zurückkehren.

E&W: Nicht alle Gewerkschaftsmitglieder sind weltoffen und teilen die Grundwerte der Allianz. Wie gehen die Gewerkschaften damit um?

Hoffmann: Gewerkschaftsarbeit hat eine aufklärerische und emanzipatorische Funktion. Aber gewerkschaftliche Bildungsarbeit hat auch die Aufgabe, ökonomische und politische Zusammenhänge aufzuzeigen und die Urteilsfähigkeit unserer Mitglieder zu schärfen. Nicht zuletzt: Die Tatsache, dass wir so viele Asylsuchende im Land haben, führt auch zu einer Renaissance interkultureller Bildungsarbeit in den Gewerkschaften.

E&W: Welche Rolle spielt Bildung für eine weltoffene Haltung?

Hoffmann: Wir haben derzeit eine extreme Ökonomisierung in der Bildung. Kleinkinder lernen schon in den Kitas Englisch, ihre Eltern wollen sie früh fitmachen für einen immer härteren Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Eine Einstellung, die sich durch alle Bildungsbereiche zieht. So war etwa die Diskussion über Defizite der Schülerinnen und Schüler in den MINT-Bereichen sehr ökonomisch-funktional geprägt. Was in der Debatte dabei unterging, war der Stellenwert klassisch sozialwissenschaftlicher und politischer Fächer wie Gemeinschaftskunde. Die müssten für die gesamte Bildungsbiografie eine viel größere Bedeutung haben.

E&W: Im Februar hat die Allianz mit der Veröffentlichung ihrer Erklärung ein politisches Signal gesetzt. Wie geht es nun weiter?

Hoffmann: Wir werden ein Sekretariat mit Hauptamtlichen einrichten und die Öffentlichkeitsarbeit professionalisieren. Wir verstehen die Allianz aber nicht als „Dach“ für andere Verbände, sondern eher als komplementär zu vielen anderen Initiativen. An Pfingsten hat die Allianz zum Beispiel die Schirmherrschaft für das „Konzert der Religionen“ in Wismar übernommen. Im September gibt es eine ähnliche Veranstaltung in Brandenburg. Vor allem: Wir wollen andere Allianzmitglieder animieren, etwas auf regionaler Ebene zu unternehmen – und sie ermutigen dagegenzuhalten, wenn Rechtsextreme vor Ort aktiv werden.

Interview: Anja Krüger,
taz-Redakteurin

Laila rennt

3.400 km liegen noch vor ihr. Lailas großer Bruder ist auf der Flucht ertrunken. Sie vermisst ihre Eltern, die zu Hause bleiben mussten. Sie weiß nicht, was die Zukunft bringt.

terre des hommes setzt sich für den Schutz von Flüchtlingskindern ein.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit – mit Ihrer Spende!
Weitere Informationen unter 05 41/71 01-128

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

DZI Spenden-Siegel
Ihre Spende kommt an!

STAMM Verlag
E&W Verlagsreisen

Der Medicus
Musical-Sommer in Fulda

2-tägige Musikreise vom 27.08. bis 28.08.2016

ab € 295,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 20,- p. P.

Vom Weltbestseller zum Musical
- Musicalkarte inklusive -

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Gemeinsam für Geflüchtete

// Ein breites Spektrum Münchner Jugendorganisationen hat sich zum „Jungen Bündnis für Geflüchtete“ zusammengeschlossen. Durch Vernetzung, politische Mitbestimmung und Bildungsarbeit wollen sie die Lebensbedingungen für Geflüchtete verbessern. Ein Interview mit Christopher Jones vom Kreisjugendring München. //

E&W: In München engagiert sich das „Junge Bündnis für Geflüchtete“ seit Herbst 2014 parteiübergreifend für Flüchtlinge. Wofür steht das Bündnis?

Christoper Jones: Es ist ein Zusammenschluss von Jugendorganisationen aus Gewerkschaften, Parteien, Verbänden, Kirchen und Vereinen, in denen auch Jugendliche mit Fluchthintergrund organisiert sind, sowie Einzelpersonen. Es ist uns wichtig, dass wir nicht nur über, sondern auch mit Geflüchteten sprechen und sie am Bündnis beteiligt sind. Denn wir wollen Geflüchteten den Zugang zu Politik, Bildung und in die Stadtgesellschaft eröffnen.

E&W: Welche Ziele verfolgen Sie?

Jones: Wir verstehen uns als politisches Bündnis auf kommunaler Ebene und vertreten drei Hauptziele: das Recht auf Bildung einschließlich einer Aufenthaltssicherung während der Ausbildung, die dezentrale Unterbringung der Geflüchteten und eine politische Vertretung, um in der Stadtpolitik mitsprechen zu können. Dazu organisieren wir Diskussionsveranstaltungen oder Kundgebungen und versuchen, Anträge in den Stadtrat einzubringen. Dabei nutzen wir unsere Verbindungen zu den Parteien und Sozialverbänden.

E&W: Es handelt sich ja um ein breites Bündnis, und Ihre Themen sind hochpolitisch. Wie schaffen Sie es, sich auf gemeinsame Forderungen zu einigen?

Jones: Solche breiten Bündnisse gibt es bisher nur in der Netzwerkarbeit gegen Rechtsextremismus. Da ist es schon schwierig, die Akteure an einen Tisch zu bringen. Deshalb ist es ein großer Erfolg, dass wir auf kommunaler Ebene diese drei Hauptziele formulieren konnten. Was darüber hinausgeht und die Landes- sowie Bundesebene betrifft – da gibt es Differenzen.

Foto: privat

Christopher Jones betreut das Bildungsangebot des „Jungen Bündnisses für Geflüchtete“.

Aber das versucht man auszuklammern.

E&W: Das Bündnis engagiert sich seit Kurzem auch in der politischen Bildungsarbeit. Was ist der Hintergrund?

Jones: Wir haben bereits vor dem starken Zuzug von Flüchtlingen im vergangenen Jahr Vorurteile und Ängste bei den hier lebenden Menschen beobachtet. Um dem zu begegnen, wollten wir auf die Situation der Geflüchteten aufmerksam machen. Diese Idee haben wir dann als Programm für Schulklassen und Jugendgruppen umgesetzt. Seit dem Start im vergangenen Oktober haben wir über 40 Workshops organisiert.

E&W: Wer fragt die Workshops an? Geht es um generelle Aufklärung oder eher um den Abbau bestehender Vorurteile und den Umgang mit populistischen Einstellungen?

Jones: Es fragen mehrheitlich Schulen an, vor allem Berufsschulen. Der Hintergrund: Häufig ist der Migrationsanteil unter den Schülern hoch und die Schulen haben Geflüchtete aufgenommen oder werden dies bald tun. Die Lehrkräfte möchten die Schülerinnen und Schüler – aber auch sich selbst – auf den Umgang mit diesen Jugendlichen vorbereiten. Wir kommen dabei nicht mit der Moralkeule und erklären, wie sie sich politisch korrekt ausdrücken sollen, sondern bieten eine Gelegenheit, die eigene Meinung zu äußern. So erkennen wir Vorurteile und Ängste und können ihnen begegnen. Ein geschlossen rechtsextremes Weltbild haben die jungen Menschen in der Regel noch nicht. Wichtig bei all dem ist, dass sich niemand ausgegrenzt fühlt. Wir möchten die Jugendlichen durch Inhalte dazu befähigen, sich an Diskussionen zu beteiligen und für Geflüchtete einzusetzen.

E&W: Sehen Sie Erfolge Ihres Engagements?

Jones: Das Feedback auf unsere Workshops ist sehr gut. Auch zur politischen Arbeit bekommen wir von Stadtpolitik und -gesellschaft viele positive Rückmeldungen, unsere Arbeit wird wahrgenommen.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

Informationen und Kontakt:
www.junges-buendnis-fuer-gefluechtete.de
www.facebook.com/jungesbuendnisfuergefluechtete
E-Mail: kontakt@junges-buendnis-fuer-gefluechtete.de

Wie „Schwestern auf Zeit“: Elke (rechts) und Pia. Sie hätten sich normalerweise nie kennengelernt. Das Projekt „ROCK YOUR LIFE!“, das Studierende als Mentoren für Hauptschüler findet, hat die beiden zusammengebracht. Die 30-jährige Biologie-Doktorandin macht der Schülerin einer Dresdner Hauptschule Mut durchzuhalten.

Foto: Ronald Bonß

Ziemlich beste Freundinnen

// Die bundesweite Initiative „ROCK YOUR LIFE!“ (RYL) bringt Studierende mit Hauptschülerinnen und -schülern zusammen: als Mentoren für den Schulabschluss und den Berufseinstieg. So wie die Doktorandin Elke Wessendorf und die 15-jährige Pia in Dresden. Seit einem halben Jahr halten sie ständig Kontakt. //

Normalerweise hätten sich Elke und Pia wohl nie kennengelernt. Wie auch? Elke Wessendorf ist 30 Jahre alt und Biologin, sie promoviert am Zentrum für regenerative Therapien in Dresden über Diabetes Typ I. Pia ist 15 und quält sich gerade durch die achte Klasse der Hauptschule in Dresden-Reick. Doch nun sitzen sie hier in der Frühlingssonne auf einer Bank im Großen Garten, dem größten Park der Stadt – die eine im grauen Trenchcoat, die andere im roten Kapuzenpulli – und strahlen sich an.

„ROCK YOUR LIFE!“ hat sie zusammengebracht, eine bundesweite Initiative, die Studierende als Mentoren für Hauptschülerinnen und -schüler findet. Die gemeinnützige GmbH hat bereits 50 Standorte in Deutschland und der Schweiz mit mehr als 3 000 ehrenamtlich tätigen Studentinnen und Studenten aufgebaut. Es ist ein Eins-zu-Eins-Mentoring-Programm. Zwei Jahre lang helfen die Jungakademiker den Jugendlichen aus benachteiligten Familien bei der Vorbereitung auf den Schulabschluss, beim Einstieg ins Berufsleben und dem, was die Pubertierenden sonst noch beschäftigt. Sie sind so etwas wie ziemlich beste Freunde, die vorübergehend das Leben zusammen rocken wollen.

Wie Elke und Pia. Mehrmals die Woche schreiben sie sich per WhatsApp und SMS, besuchen RYL-Seminare, denken über ihre Stärken und Schwächen nach, treffen sich alle drei bis vier Wochen an einem anderen Ort. Pia hat Elke schon in ihrer WG und ihrem Labor besucht. Elke war bei Pia im Plattenbauviertel Prohlis, wo sie mit dem Vater lebt, seit sie aus Bayern hergezogen sind. Diesen Juni macht Pia ein Praktikum als Biologielaborantin in Elkes Forschungsinstitut. Vorher hatte sie nur Absagen bekommen. „Ihre Augen haben so gestrahlt, als ich ihr zugesagt habe“, erzählt Elke. Eigentlich hat Pia aber einen anderen Wunsch: Autolackiererin will sie werden. „Ich hab im-

visit Berlin

Klasse Fahrt!

Infofahrt für Lehrer nach Berlin

Lernen Sie Berlin als Klassenreiseziel kennen!

Vom 07.–09.10.2016 bieten wir Ihnen eine Fortbildungsfahrt mit vielfältigem Rahmenprogramm inkl. Übernachtung für 69,-€ nach Berlin. Bereiten Sie Ihre nächste Klassenfahrt perfekt vor und melden Sie sich gleich unter lehrer.visitBerlin.de an!

mer lieber mit Autos gespielt als mit Puppen.“ Erfahrungen mit Blech und Sprühpistole hat sie zwar noch nicht. Doch Elke will ihr helfen, Bewerbungen zu schreiben, sich vorzustellen, einen Fuß in die Tür zu bekommen: „Ich gebe Tipps. Alles andere kann und soll sie allein schaffen.“ Die wichtigste Mission der Doktorandin heißt: Mut machen. „Ich bin keine Nachhilfelehrerin.“ Lieber versucht Elke, die 15-Jährige dafür zu gewinnen, nicht schon nach der neunten Klasse von der Hauptschule abzugehen. „Pia ist schlau und kann mehr aus sich machen – mindestens den Realschulabschluss“, sagt sie. Das Mädchen sitzt daneben und zuckt lächelnd mit den Schultern. Sie ist wach, klug, kann sich ausdrücken und ist noch dazu ein Mensch mit Ausstrahlung. Aber auf dem Weg ins Erwachsenenleben ist sie froh über Hilfe, die ihr die Familie so nicht geben kann, weil sie von Krankheiten, Abschieden und Arbeitsunfähigkeit gezeichnet ist.

Ungleiches Paar

Gefunden hat sich das ungleiche Paar vor einem halben Jahr. Das Team von „ROCK YOUR LIFE!“ stellte das Projekt in Pias Hauptschulklasse vor. Sie war sofort neugierig, konnte ihren Vater überreden, dass sie mitmachen darf. Das Kennenlerntreffen war ein Speeddating für potenzielle RYL-Paare im Stuhlkreis. Fünf bis zehn Minuten mussten reichen, um sich vorzustellen. Plötzlich saßen sich Elke und Pia gegenüber. Sie waren gleich voneinander angetan. „Man muss sich mögen, sonst funktioniert es nicht“, sagen beide. Elke ist es wichtig, sich für andere zu engagieren. Die Biologin stammt aus einem sicheren Elternhaus im Emsland. „Ich konnte immer machen, was ich wollte“, erzählt sie. „Nun möchte ich gern etwas zurückgeben.“ Als eine Freundin zu RYL ging, kam sie spontan mit.

In Dresden treffen sich zurzeit 25 Mentoring-Duos. Doch nicht alle Tandems überstehen den gemeinsamen Weg, oft springen Jugendliche wieder ab. Diesen Sommer kommen 15 neue Paare dazu, erzählt Fritz Herrmann, Vize-Vorsitzender des Dresdner Vereins. Ein zehnköpfiges ehrenamtliches Organisationsteam kümmert sich um Mentoring, Fundraising und Netzwerke, Hochschulmarketing und Öffentlichkeitsarbeit. Es organisiert Besuche bei Dynamo Dresden, Spieleabende oder Lagerfeuer und findet Unternehmen für Betriebsbesichtigungen. „Unsere wichtigsten Partner sind derzeit die Stadtwerke und die Verkehrsbetriebe. Wir sind aber bemüht, weitere zu finden“, sagt der 25-jährige Student für Wirtschaftsingenieurwesen. „Der Verein mit seinen Zielen ist richtig cool. Es macht Spaß, mit den Schülern zu arbeiten. Und auf beiden Seiten werden Vorurteile abgebaut.“ Entstanden ist „ROCK YOUR LIFE!“ 2008 nach einem Besuch des damaligen Bundesfinanzministers Peer Steinbrück (SPD) an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen am Bodensee. Nach einer Diskussion über Bildungsgerechtigkeit starteten zwölf Studierende ihr Pilotprojekt. Sie hatten schon länger über Möglichkeiten für eine individuelle Beratung von Hauptschülerinnen und -schülern nachgedacht. „Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der soziale Mobilität, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit Realität für alle Menschen sind“, heißt es in der Präambel. Nötig ist das – Studien zeigen immer wieder, dass Bildungserfolg in Deutschland stark vom sozialen Hintergrund der Schüler abhängt. Die Friedrichshafener ernteten Preise, Auszeichnungen, Presseberichte. 2010 wurde die gemeinnützige GmbH gegründet, um mehr Standorte zu etablieren. Namhafte Stiftungen halfen dabei.

Wie Schwestern auf Zeit sitzen Pia und Elke jetzt mit Kakao und Eis in einem Café im Großen Garten, plaudern Geheimnisse aus, müssen aber genauso ihre Grenzen austesten. „Elke ist auch ein bisschen Ersatzmama“, meint Pia irgendwann scheu. Denn ihre Mutter wohnt nicht mehr zuhause. Und wirklich, Elke würde ihr gern in vielen Lebenslagen helfen. „Aber“, sagt sie, „man muss auch wissen, wie weit die Einmischung gehen darf.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist

Weitere Infos: www.rockyourlife.de

Theater

// Etwas Besonderes: Das Schultheaterstudio in Frankfurt am Main. Seit 25 Jahren bildet es Lehrkräfte im Fach „Darstellendes Spiel“ fort – davon profitieren alle, die Freude haben, sich auf der Bühne auszuprobieren. //

Ihr Ziel ist ein gerupftes Gummihuhn: Elf Lehrerinnen und Lehrer pirschen sich über den dunkelblauen Linoleumboden an ihren Kollegen heran. Der junge Mann steht auf der anderen Seite des Raums, mit dem Gesicht zur Wand, zu seinen Füßen ein gelber Plastikvogel. Schritt für Schritt kommen die anderen näher. Jedes Mal, wenn er sich umdreht, halten sie inne, erstarren in ihren Bewegungen. Kurz vorm Ziel rücken sie ganz dicht zusammen, bilden ein Knäuel aus Körpern, einer aus der Gruppe schnappt sich das Hühnchen. Doch wer? „Ich sehe das Huhn …“, beginnt der Kollege und blickt sich um, „… bei Julia.“ Die blonde Lehrerin hebt beide Hände in die Luft. Kein Huhn. Irgendwo quietscht das Latextier laut auf. Alle lachen. Erst beim dritten Versuch tippt der Lehrer auf die richtige Person. Kursleiterin Christine Bernd streckt die Daumen hoch: „Ihr wart super.“

Die Lehrkräfte absolvieren im Frankfurter Schultheaterstudio auf dem Campus der Ernst-Reuter-Schulen eine dreijährige Weiterbildung, neben

Foto: Maria Obermaier

macht Schule

ihrer regulären Arbeit. Am Ende legen sie eine staatliche Prüfung ab – und sind berechtigt, ein weiteres Fach zu unterrichten: Darstellendes Spiel. „Ich erhoffe mir, dadurch einen anderen Zugang zu den Schülerinnen und Schülern zu bekommen“, sagt Gymnasiallehrerin Frauke Flesch aus Maintal. Theaterspielen biete die Möglichkeit, sich ganz anders auszudrücken. Das sei gerade für Kinder toll, die sprachliche Schwierigkeiten hätten. Die Pädagogin findet es gut, in dem Kurs selbst zu erfahren, was sie später von den Mädchen und Jungen ihrer Klassen verlangen wird. Zu sehen: „Was ist mir unangenehm? Wo ist meine eigene Grenze?“

So eine Übung wie jene mit dem Gummihuhn sei exemplarisch für ihre Arbeit, erklärt die Kursleiterin. „Wir arbeiten nicht mit Stars, die vorne im Rampenlicht stehen – und alle anderen weiter hinten.“ In der Schule werde immer eingeteilt, sagt Bernd, in „die Guten“ und „die Schlechten“. Beim Theaterspielen würden diese Grenzen aufgebrochen. Die Lehrerin ist überzeugt: Wer einmal auf der Bühne gestanden habe, erlebe sich ganz anders. Jeder Einzelne fühle sich als wichtiger Teil des Ensembles. Kolleginnen und Kollegen seien oft verblüfft, wenn sie ihre Schülerinnen und Schüler auf der Bühne sähen. Immer wieder höre sie den Satz: „Wow, das hätte ich XY nie zugetraut.“ Sich ausprobieren können. Genau darum geht es beim Schultheaterstudio in der Nordweststadt. „Theater für alle!“, prangt auf dem lilaroten Flyer des 1981 gegründeten Zentrums. Die Lehrerfortbildung ist nur ein Angebot von vielen – und trotzdem ganz klar der Schwerpunkt. Das habe mit dem Konzept des Schultheaterstudios zu tun, erklärt Leiter Joachim Reiss. Ziel sei es, dass alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit hätten, Theater zu spielen – und zwar dort, wo sie sind. „Und in der Schule sind alle.“

Der Lehrer ist überzeugt, dass Theaterspielen die Persönlichkeitsentwicklung stärkt. Und die Kreativität fördert. Wenn Kinder und Jugendliche wochenlang an den Szenen feilten, entwickelten sie ein Bewusstsein dafür, dass es nicht nur eine Lösung für eine Szene gebe, sondern viele Möglichkeiten versucht werden müssten. Sie schlüpften in andere Rollen, entdeckten neue Perspektiven. „Das nehmen sie mit in ihr Leben“, betont der Leiter.

Das Schultheaterstudio ist in dieser Form deutschlandweit einmalig. „Traurig“ findet Reiss das. Er ist überzeugt: Ohne eine Institutionalisierung hätten sie Programm und Projekte so nicht entwickeln können. In dem winzigen Büro hinter der Theaterbühne schiebt der 63-Jährige das Programmheft über den Tisch: Darin sind rund 70 Kurse aufgelistet, von Bühnenbild über Tanzperformance bis Schattentheater. Teilnehmen können alle, die theaterpädagogisch arbeiten wollen – egal ob in Schulen, Kitas, Vereinen, Gemeinden oder privaten Initiativen. Doch zum Angebot gehört viel mehr. So bietet das Studio regelmäßig Workshops zu Gewalt- und Suchtprävention in Schulen an, hilft bei Projektwochen, präsentiert Schultheaterfestivals, organisiert Ferienspiele. Auch ein Technikverleih und ein Theaterbuchversand gehören dazu. „Dafür braucht es materielle und personelle Ressourcen“, so Reiss.

Teilnahme wird erschwert

Das Schultheaterstudio wird von der Stadt Frankfurt gefördert: Das Zentrum kann die Räume mietfrei nutzen und erhält von der Kommune einen Zuschuss. Etwa drei Viertel des Budgets werden eigenen Angaben zufolge durch Veranstaltungen, Beiträge und Projekte erwirtschaftet. Die Weiterbildung der Lehrkräfte finanziert das Land Hessen. Deshalb richtet sich das Angebot nur an hessische Pädagoginnen und Pädagogen. Seit 2002 hat das Schultheaterstudio etwa 1 300 Lehrerinnen und Lehrer fortgebildet. Viele bezahlten den Beitrag von 1 000 Euro aus eigener Tasche, berichtet der Leiter. Die Schulleitungen verpflichteten sich, die Lehrkräfte für die Theaterarbeit freizustellen. Doch der Lehrermangel mache es zunehmend schwieriger, an den Weiterbildungen teilzunehmen: Lehrkräfte bekämen keine Freistellungen mehr, weil es keine Vertretung für ihren Unterricht gebe.

Als Fach werde Darstellendes Spiel nur in der Oberstufe angeboten, bemängelt der Pädagoge, einzig Hamburg biete Theaterunterricht durchgehend von der ersten Klasse bis zum Abitur an. Viele Schulen böten AGs an. „Das ist schön, aber nicht die Lösung“, meint der Leiter. Gerade Kinder aus bildungsfernen und armen Elternhäusern, deren Mütter und Väter mit ihnen nicht ins Konzert oder Theater gehen könnten – nähmen häufig ein freiwilliges Angebot nicht in Anspruch, bedauert Reiss.

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Mehr Infos unter: www.schultheater.de

Lehrkräfte bei der Theaterarbeit. Sie nehmen an einer dreijährigen Weiterbildung des Schultheaterstudios auf dem Campus der Ernst-Reuter-Schulen in Frankfurt am Main teil. Ihr Ziel: „Darstellendes Spiel“ zu unterrichten.

„Teil umfassender Bildung“

// Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ unterstützt Fach- und Lehrkräfte aus Kita, Hort und Grundschule bei der frühen naturwissenschaftlichen Bildungsarbeit mit Kindern. Dieses Jahr feiert die Initiative ihr zehnjähriges Bestehen. Ein Gespräch mit Stiftungsvorstand Michael Fritz. //

E&W: Herr Fritz, warum sollen sich Mädchen und Jungen schon in der Kita mit Naturwissenschaften und Technik beschäftigen?

Michael Fritz: Kinder kommen mit einer natürlichen Begeisterung auch für Natur und Technik auf die Welt. Das ist ein Schatz, den wir bewahren und fördern müssen. Zudem: Sie werden in einer Welt groß, die von Technik und Digitalisierung geprägt ist. Eine Welt, die sich immer schneller verändert und das auf immer andere, unbekannte Weise. Wer früh dabei unterstützt wurde, forschend seine Umwelt zu entdecken, ist darauf gut vorbereitet.

E&W: Wie kann das gelingen?

Fritz: Vor zehn Jahren wollten wir das Experimentieren in die Kitas bringen. Doch schnell war uns klar: Kinder brauchen keine Rezeptbücher zum Nachkochen. Unsere Aufgabe als Pädagoginnen und Pädagogen ist es, ihnen eine Umgebung zu bieten, in der sie ihre Begeisterung für Natur und Technik frei ausleben können. Wir müssen sie ermutigen, eigene Fragen zu stellen, diesen nachzugehen, sie mit einer offenen Haltung begleiten – und das Tun den Kindern überlassen.

E&W: Wie sieht das konkret aus?

Fritz: Eine Kita aus Berlin-Karlshorst hat es vorgemacht. Als fünf Neubauten auf das Gartengelände direkt vor der Kita gebaut werden sollten, waren die Eltern entsetzt. Die Kinder aber sagten: „Oh, toll, eine Baustelle.“ Diesen Impuls haben die Erzieherinnen aufgegriffen und die Bauarbeiten vor der Tür zum Forschungsprojekt gemacht. Gemeinsam beobachteten sie die Kräne auf der Baustelle und bauten sie nach. Sie prüften, wie viel Gegengewicht man für welche Ausladung braucht oder wie viel so ein Kran heben kann und nahmen Kontakt zum Bauleiter auf.

E&W: Nicht überall bieten sich solche Gelegenheiten. Wie könnte man im normalen Kita-Alltag den Forscherdrang unterstützen?

Fritz: Indem Erzieherinnen genau hinsehen: Was beschäftigt unsere Kinder? Wie können wir sie anregen, ihr Interesse weiter zu entwickeln? Drei- bis Fünfjährige zum Beispiel sind oft von großen Zahlen wie der Hundert fasziniert. Also könnten sie mit einem Metermaß die Kita nach Dingen durchforsten, die 100 Zentimeter lang sind. Oder: Man könnte 100 Murmeln in ein Marmeladenglas füllen, weitere leere Gläser daneben stellen und die Kinder überlegen lassen: Was könnte man noch 100-mal hineintun? Legosteine, Pfefferkörner, Federn …?

E&W: Es geht also um spielerisches Ausprobieren …

Fritz: … und darum, vorab kleine Annahmen zu entwickeln, denen nachzugehen, sie über den Haufen zu werfen und über die Ergebnisse nachzudenken. Was passt rein, was ist zu groß? Warum ist 100 also nicht gleich 100? Und dann erneut Hypothesen wagen. So funktioniert Forschung. In unseren Fortbildungen gibt es viele Anregungen, wie Fachkräfte auf diese Weise die Fragen der Kinder aufnehmen und Impulse geben können. Forschen wird so Teil des Kita-Alltags.

E&W: Inzwischen ist das „Haus der kleinen Forscher“ auch an Grundschulen aktiv.

Fritz: Der Entdeckergeist sollte nicht mit der Einschulung einschlafen. Gerade an Ganztagsschulen kann man sehr gut nachmittags forschendes Lernen einbauen. In einigen Bundesländern bieten wir bereits Lehrerfortbildungen zum forschungsorientierten Sachunterricht an.

E&W: Wollen Sie damit das Interesse an den MINT-Fächern Mathe, Informatik, Naturwissenschaft und Technik wecken?

Fritz: Wir freuen uns, wenn wir Kinder für MINT begeistern können. Aber letztlich geht es uns nicht um die Fächer als solche. Wir möchten ein fragendes, eigenständiges, vernetztes Denken fördern. Forschen ist Teil einer umfassenden Bildung. Die Kinder lernen dabei über naturwissenschaftliche Zusammenhänge hinaus: kritisch zu denken und verantwortungsbewusst mit sich und anderen umzugehen. Experimentieren stärkt das Selbstwertgefühl, denn Mädchen und Jungen erleben hautnah: Ich kann etwas bewirken, ich begreife die Zusammenhänge.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

www.haus-der-kleinen-Forscher.de

Foto: Oliver Dietze

Michael Fritz mit Kindern des Evangelischen Kindergartens in Saarbrücken-Bischmisheim, einer Kita, in der das Entdecken und Ausprobieren zum Kita-Alltag gehört.

„Geld spielt größere Rolle als Arbeitsrecht“

// Differenzierte Ergebnisse zur Befristungspraxis im öffentlichen Dienst hat eine Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)* zu Tage gefördert. E&W sprach mit Projektleiter Christian Hohendanner. Nach der Tarifrunde 2014 hatten Bund, Kommunen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Erhebung in Auftrag gegeben. //

E&W: Für junge Menschen ist es schwierig, beim Berufseinstieg eine unbefristete Stelle zu ergattern, lautet ein Befund. Was sind darüber hinaus neue Einsichten?

Christian Hohendanner: Eine zentrale Erkenntnis ist sicher, dass Universitäten und Forschungseinrichtungen nicht mit dem restlichen öffentlichen Dienst in einen Topf geworfen werden sollten. Im Wissenschaftsbereich gibt es mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) eine ganz andere Gesetzesgrundlage (E&W berichtete kontinuierlich). In keinem anderen Bereich spielen befristete Arbeitsverträge eine ähnlich große Rolle. Die Befristungsanteile im übrigen öffentlichen Dienst erscheinen im Vergleich mit der Wissenschaft als geradezu gering. Ein weiterer zentraler Punkt: Befristete Beschäftigung trifft überwiegend angestellte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der öffentliche Dienst ist damit durch eine dreifache Aufteilung der Beschäftigungsverhältnisse gekennzeichnet: Beamte und angestellte Arbeitnehmer, befristet und unbefristet Beschäftigte sowie schließlich die Segmentierung nach Alter. Letztlich sind es die jungen, angestellten Arbeitskräfte, die befristet eingestellt werden.

E&W: Schützt das Beamtenrecht vor befristeten Arbeitsverhältnissen?

Hohendanner: Ein Beamtenverhältnis ist prinzipiell auf Dauer angelegt. Deshalb werden überwiegend Angestellte befristet beschäftigt, um eine gewisse Flexibilität im Personalhaushalt zu gewährleisten. Im Vergleich zur Privatwirtschaft ist es aber sinnvoll, das gesamte Personal, also Angestellte und Beamte gemeinsam in den Blick zu nehmen. Dabei zeigt sich, dass der Befristungsanteil im öffentlichen Sektor 2014 bei 7,1 Prozent, in der Privatwirtschaft bei 6,7 Prozent lag.

Foto: imago

Christian Hohendanner

E&W: Das heißt, es gibt mehr prekäre Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst als in der Privatwirtschaft?

Hohendanner: Man muss den betrieblichen Kontext berücksichtigen. Die Privatwirtschaft setzt stärker auf Leiharbeit, Minijobs und geringfügige Beschäftigung. Zudem wird im öffentlichen Dienst im Unterschied zur Privatwirtschaft praktisch nicht gekündigt. Wer hier unbefristet eingestellt wird, hat in der Regel einen sicheren Arbeitsplatz bis zum Renteneintritt.

E&W: Der Anteil befristeter Stellen beim wissenschaftlichen Nachwuchs beträgt 90 Prozent – was ist da schief gelaufen?

Hohendanner: Die Befristungspraxis im Wissenschaftsbereich begründen die Arbeitgeber damit, dass sonst negative Folgen für die Innovationsfähigkeit und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu erwarten seien. Abgesehen davon, dass das WissZeitVG Befristungen rechtlich ermöglicht und sich die zeitlich befristete Finanzierung von Forschungsprojekten über Drittmittel ebenfalls auswirkt, spielt auch der deutliche Anstieg der Zahl wissenschaftlich Beschäftigter eine große Rolle. Es gab 1990 etwa 70 000 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 2014 waren es knapp 180 000. Bei diesem hohen Arbeitskräfteangebot sind die Arbeitgeber in einer komfortablen Position.

E&W: Wie plausibel ist die Annahme, dass man Fachkräfte auf diese Weise zu Spitzenleistungen motiviert?

Hohendanner: Wir haben Personalchefs gefragt, ob sie befristete Verträge einsetzen, um die Leistungsbereitschaft zu erhöhen. Eine sehr breite Mehrheit hat das verneint. Aber klar, es ist plausibel, dass Mitarbeiter, die übernommen werden wollen, nicht „Dienst nach Vorschrift“ machen. Wissenschaftlich eindeutige Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Leistungsbereitschaft und Befristungen gibt es jedoch nicht. Ähnliches gilt für den Zusammenhang zwischen Innovationsfähigkeit und Befristungsquote. Es mag in Teilen richtig sein, dass neue Köpfe auch neue Ideen mitbringen. Eine aktuelle amerikanische Studie** hinterlässt

aber Zweifel, ob eine Befristungsquote von 90 Prozent innovative Forschung nicht sogar behindern könnte: Denn Innovationskraft setzt die Bereitschaft der Wissenschaftler voraus, Risiken einzugehen, um unbekanntes Terrain zu beschreiten. Unsichere Arbeitsverhältnisse fördern hingegen risikoscheues Verhalten.

E&W: Wie sieht die Situation im Schulbereich aus?

Hohendanner: Ein umstrittenes Thema ist hier die häufig eingesetzte befristete Vertretung. Damit wollen Schulleitungen Unterrichtsausfälle kompensieren, wenn Lehrkräfte beispielsweise in Elternzeit gehen. Häufige Kritik: In erster Linie gehe es darum, rasch für Ersatz zu sorgen, damit der Unterricht nicht weiter ausfällt. Die fachliche Qualifikation der Vertretungslehrkräfte spielt eine geringere Rolle. Diese werden manchmal über mehrere Jahre sozusagen als Ersatz befristet eingesetzt, obwohl sie nicht über die formalen Qualifikationen verfügen. Ein Vorschlag der Personalräte lautet deswegen, dauerhafte Vertretungsstellen an den Schulen zu schaffen, da sich der Bedarf gut einschätzen lasse. Unbefristete Vertretungsstellen hätten zudem den Vorteil, dass Qualitätsstandards eingehalten werden müssten.

E&W: Bis 2010 ist der Befristungsanteil im öffentlichen Dienst gestiegen, seither sinkt er wieder. Wie erklären Sie sich das?

Hohendanner: Eine zentrale Ursache lässt sich nicht festmachen. Letztlich ist diese Entwicklung Ergebnis vieler einzelner Tendenzen. Generell spielen befristete Arbeitsverträge besonders in Zeiten eine Rolle, die von konjunktureller Dynamik, Instabilität oder Unsicherheit geprägt sind. Die Jahre seit 2011 waren eher stabil. Das erklärt vielleicht einen Teil des Rückgangs.

E&W: Begrenzt vorhandene Mittel führen zu befristeten Arbeitsverhältnissen – ist die Not öffentlicher Kassen ein Punkt?

Hohendanner: Im internationalen Vergleich hat Deutschland keinen aufgeblähten Staatsapparat. Laut OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, lag der Anteil der im öffentlichen Dienst Tätigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten 2008 nur bei etwa zehn Prozent. Zum Vergleich: In den skandinavischen Ländern lag er damals zwischen 25 und 30 Prozent, in den USA bei 15 Prozent. Da wäre bei uns also noch Luft nach oben.

E&W: Wirkt sich der Faktor Geld im öffentlichen Dienst in den einzelnen Sektoren unterschiedlich aus?

Hohendanner: Im Schnitt nennen 20 Prozent der öffentlichen Arbeitgeber mangelnde Finanzierung als wichtigstes Motiv, befristet zu beschäftigten, im Wissenschaftsbereich sind es 44 Prozent. Geld spielt jedenfalls eine größere Rolle als das Arbeitsrecht. Die entscheidende Frage lautet: Lässt sich eine unbefristete Planstelle finanzieren oder nicht? Wenn es ein restriktiveres Befristungsrecht gäbe, könnte es sein, dass die öffentliche Hand für mehr unbefristete Stellen sorgen muss. Es wäre

> „Die entscheidende Frage: Lässt sich eine unbefristete Planstelle finanzieren oder nicht?“
>
> **Christian Hohendanner**

aber auch möglich, dass die Arbeitgeber dann auf private Dienstleister, freie Mitarbeiter oder Leiharbeit zurückgreifen.

E&W: Welche Trends erwarten Sie angesichts der Konkurrenz um die „besten Köpfe“?

Hohendanner: Man muss sicher kurz- und längerfristige Tendenzen unterscheiden. Angesichts der Flüchtlingskrise und des damit einhergehenden relativ schwierig zu kalkulierenden Personalbedarfs vermute ich, dass die Befristungsquote kurzfristig wieder ansteigt. Allerdings verdichten sich die Hinweise, dass das Thema Rekrutierung von Fachkräften auch im öffentlichen Dienst immer wichtiger wird. Mittel- und langfristig werden sich die öffentlichen Arbeitgeber wohl weniger die Frage stellen, wie sie eine Arbeitskraft wieder loswerden, sondern eher, wie sie diese halten können.

E&W: Hat Ihr Befristungsgutachten, das ja aus einer Tarifvereinbarung hervorgegangen ist, in der jüngsten Tarifrunde für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten eine Rolle gespielt?

Hohendanner: Die differenzierten Ergebnisse unserer Studie haben es den Verhandlungspartnern sicherlich nicht leicht gemacht, einfache Positionen zur Thematik zu entwickeln. Die Forderung der Gewerkschaften nach einem tarifvertraglichen Ausschluss der sachgrundlosen Befristung war verhandlungstechnisch schwer durchzusetzen, weil sie nur zwei Möglichkeiten zuließ: Abschaffung oder Beibehaltung der bestehenden Regelung. Ein tarifvertraglicher Ausschluss der sachgrundlosen Befristungen hätte weitreichende personalpolitische Konsequenzen gehabt und damit die bereits komplexen Verhandlungen noch deutlich kompliziert (s. auch E&W 6/2016, S. 32 – 34).

E&W: Zur Verteilung der Befristungspraxis zwischen Bund und Kommunen: Trifft der Eindruck zu, dass der Bund die größere Befristungsneigung an den Tag legt?

Hohendanner: Hier kommt es entscheidend darauf an, ob angestellte Arbeitnehmer und Beamte gemeinsam oder getrennt betrachtet werden. Fasst man beide Beschäftigtengruppen zusammen, so hat der Bund vergleichsweise niedrige Befristungsquoten, weil dort der Anteil an unbefristeten Beamtenstellen relativ hoch ist. Bei separater Betrachtung der Arbeitnehmer weisen jedoch in der Tat Länder und Bund die höchsten Befristungsquoten auf.

Interview: Winfried Dolderer, Historiker und Publizist

***www.iab.de/185/section.aspx/Publikation/k151222v01**
****Jacob G. Foster, Andrey Rzhetsky, and James A. Evans (2015): „Tradition and Innovation in Scientists’ Research Strategies” in: American Sociological Review 80(5)**

Horst Linke ist tot

Foto: GEW Hamburg

Horst Linke

// Horst Linke, langjähriger Vorsitzender der Bundesfachgruppe Gewerbliche Schulen beim GEW-Hauptvorstand und anerkannter Berufsbildner, ist am 12. Juni unerwartet verstorben. //

Mit ihm hat die GEW eine Persönlichkeit verloren, die es hervorragend verstand, sowohl berufsbildungspolitische Themen und Lösungsansätze voranzubringen als auch übergreifende bildungspolitische Ziele zu verfolgen. Sein Hauptaugenmerk als Gewerkschafter galt der Frage nach der Perspektive der Berufsbildung, insbesondere aber den Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher. Die aktuelle Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems, die vielerorts unter dem Stichwort „Hamburger Modell" zusammengefasst wird, trägt wesentlich seine Handschrift. Dass das Volksbegehren „Bildung ist keine Ware" sich erfolgreich gegen die Privatisierung beruflicher Schulen in Hamburg durchsetzen konnte, ist auch sein Verdienst. Gewerkschaftliche Mitgliedschaft und Engagement gehörten für ihn ganz selbstverständlich zusammen. Während der Ausbildung zum Schlosser trat er in die IG Metall ein, das Gewerbelehrerstudium führte ihn zur GEW. Viele Jahre setzte er sich als Personalrat für die Interessen der Kollegeninnen und Kollegen berufsbildender Schulen ein. Horst war ein engagierter Lehrer, Abteilungsleiter und zuletzt Leiter „seiner G1" (Gewerbeschule Nr. 1) in Hamburg.

Seine gewerkschaftspolitische Arbeit überzeugte, seine kollegiale Art und nicht zuletzt sein Humor haben wesentlich zum guten Verhältnis zwischen dem Vorstandsbereich und den Bundesfachgruppenausschüssen (BFGA) beigetragen. Von 1997 bis 2013 war er Vorsitzender des BFGA „Gewerbliche Schulen". Offenheit, Geradlinigkeit, eine gründliche Analyse von Sachverhalten zeichneten ihn ebenso aus wie klare Zielsetzungen und machten ihn zu einem geschätzten Gesprächspartner. Er wird uns fehlen.

Die GEW trauert um einen engagierten Gewerkschafter und Berufsbildner, der für viele ein Vorbild war.

Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung, Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg

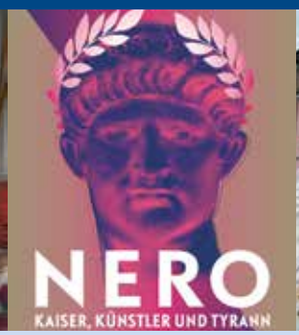
STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Kaiser Nero — Große Sonderausstellung in Trier

Nero zwischen Größe und Größenwahn

01.10. - 03.10.2016 — 3-tägige Kulturreise

ab € 398,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 50,- p. P.



Das Rheinische Landesmuseum Trier, das Stadtmuseum Simeonstift Trier und das Museum am Dom widmen sich mit einer großen Sonderausstellung dem römischen Kaiser Nero, der bis heute wie kein anderer polarisiert. Drei Museen zeigen die unterschiedlichen Facetten des Herrschers, der zu den bekanntesten römischen Imperatoren gehört: Das Rheinische Landesmuseum präsentiert „Nero – Kaiser, Künstler und Tyrann", das Museum am Dom „Nero und die Christen" und des Stadtmuseum Simeonstift „Nero – Tradition und Mythos". Hochrangige internationale Leihgaben und Darstellungen aus Antike und Mittelalter sowie Gemälde, Grafiken, Fotografien und Filme machen die wandlungsreiche Rezeptionsgeschichte erlebbar. Außerdem steht ein Besuch der Kaiserthermen auf dem Programm (UNESCO-Welterbe), die zu den größten Badeanlagen des römischen Reiches gehörten.

Das beinhaltet unsere Reise

- ✓ Bahnreise (2. Klasse) ab/bis gewünschtem Abfahrtort nach Trier und zurück (bis 400 km, darüber hinaus zzgl. € 50,- p. P.)
- ✓ 2 Übernachtungen inklusive Frühstück im Hotel Park Plaza Trier (****), oder gleichwertig
- ✓ Stadtführung Trier
- ✓ Eintritt Ausstellungen „Nero – Kaiser, Künstler und Tyrann", „Nero und die Christen", „Nero – Tradition und Mythos" inkl. Führung
- ✓ Eintritt Kaiserthermen
- ✓ ts|medialog – Reisebegleitung (ab 20 Teiln.)

Wunschleistungen

- ✓ 1 x Abendessen in einem Restaurant vor Ort (3-Gänge-Menü) € 34,- p. P.
- ✓ Sitzplatzreservierung (Bahnhin- und Rückfahrt) € 10,- p. P.
- ✓ Zuschlag 1. Klasse bei Bahnentfernung bis 400 km € 49,- p. P. darüber hinaus € 80,- p. P.

Fotos: Tourist Information Trier/yaph; K. Gehrmann

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Wegrennen vor dem eigenen Begehren? Wenn sich dieses auf Kinder richtet: ja. Noch besser: sich Hilfe holen.

Fotos: dpa

Sie wollen keine Monster sein

// In einem einzigartigen Modellprojekt in Berlin werden Jungen betreut, die sich sexuell zu Kindern hingezogen fühlen. //

Da ist zum Beispiel Anton. Ein sportlicher Typ, immer aktiv, fast täglich auf dem Laufband und an den Gewichten. Manchmal zieht es ihn aber nicht in den Kraftraum, sondern zum Bolzplatz, dorthin, wo Jungs Fußball spielen und sich raufen. Hin und wieder kickt Anton mit, ein anderes Mal schaut er nur zu, wie die Jungs rennen, sich auf den Boden schmeißen. Er sieht ihre Körper, ihre verschwitzten Nacken, ihre Haut. Anton, der nur in dieser Geschichte so heißt, gehört aber gar nicht auf diesen Fußballplatz, und erst recht nicht zu den Jungs. Er ist schon über 20, die Jungen sind zwölf und 13. Anton kennt sie nicht einmal.

Trotzdem fühlt er sich zu ihnen hingezogen, am liebsten würde er einen von ihnen anfassen, ihn küssen, vielleicht noch intimer mit ihm werden. All das macht Anton aber nicht. Er weiß: Das ist verboten, dafür kann er bestraft werden. Ebenso weiß er, dass das Begehren, das kleine Jungs in ihm auslösen, niemals aufhören wird. Und dass er lernen muss, es irgendwie zu beherrschen, dass er sich beherrschen muss.

Deshalb fährt er regelmäßig zu Tobias Hellenschmidt ins Vivantes-Klinikum in Berlin-Friedrichshain. In einem flachen, weißen Gebäude, idyllisch gelegen neben einem sattgrünen Park, befindet sich die Kinder- und Jugendpsychiatrie der Klinik. Dort ist der Kinder- und Jugendpsychiater Hellenschmidt leitender Oberarzt. Er hilft Jungs und jungen Männern wie Anton, mit ihrem Begehren umzugehen. So, dass nichts passiert, dass sie nicht irgendwann ein Kind sexuell missbrauchen.

„Du träumst von ihnen“

Anton ist einer von rund 50 betroffenen männlichen Jugendlichen, die Hellenschmidt und seine Kolleginnen und Kollegen in einem deutschlandweit einzigartigen Modellprojekt betreuen. Seit die Berliner Charité und das Vivantes-Klinikum Anfang 2014 im Internet unter dem Titel „Du träumst von ihnen“ ein Hilfsangebot für Kinder und Jugendliche mit der sexuellen Präferenz für Jüngere veröffentlicht hatten, haben sich etwa 120 Betroffene gemeldet. Angesprochen sind Neun- bis 22-Jährige. Die meisten, die anrufen oder E-Mails schreiben, sind zwischen zwölf und 18 Jahren alt. Bislang hat sich nur ein Mädchen gemeldet, zur Sprechstunde ist es allerdings nicht erschienen.

Häufig merken Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher in Heimen und Jugendhilfeeinrichtungen, dass sich ein Junge anders verhält, als das sonst in der Pubertät üblich ist. Manche der Betroffenen sind bereits übergriffig geworden. Sie haben sich an Kinder herangemacht, Jungen wie Mädchen. Manchmal melden sich aber auch Eltern oder die Jugendlichen selbst, weil sie etwas bemerken, das ihnen unangenehm ist. „Andere Jungs verlieben sich in gleichaltrige Mädchen, diese aber nicht. Die Betroffenen fühlen sich zu deutlich Jüngeren hingezogen", sagt Eliza Schlinzig. Die Psychologin arbeitet mit Hellenschmidt zusammen.

Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass sich bei etwa einem Prozent der männlichen Jugendlichen die Libido auf Kinder richtet – ähnlich wie bei Erwachsenen. Studien dazu gibt es bislang nicht.

„Das darfst du nicht"

Nun seien Begehren und das Umsetzen der Lust in Realität zunächst zwei verschiedene Dinge, sagt Hellenschmidt: „Das eine muss mit dem anderen nicht in direkter Verbindung stehen." Der Psychologe und Psychotherapeut erklärt das so: Auf der einen Seite ist die Fantasie, in der ein Junge oder ein Mann sich kleine Jungs als Sexobjekte erträumt. Auf der anderen Seite gibt es das reale sexuelle Verhalten, wie ein Mensch im Laufe seines Lebens seine Sexualität auslebt. Dort hinein spielen soziale, intellektuelle und familiäre Aspekte, die den Betroffenen eindeutig signalisieren: „Das, was du ersehnst, das darfst du nicht." Hellenschmidt sagt: „Es gibt also Menschen mit eindeutig auf Kinder gerichteten Fantasien, die sie aber niemals ausleben."

Die Jugendlichen genau dahin zu bringen, dass sie Fiktion und Realität deutlich trennen können, ist das Ziel des Charité-Vivantes-Projekts mit dem etwas sperrigen Titel „Primäre Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch durch Jugendliche", kurz PPJ. Psychologin Schlinzig betont: „Die Jugendlichen sollen Verantwortung für ihr eigenes Handeln übernehmen und nicht übergriffig werden."

Bei Anton gelingt das. Wenngleich als ständiges Auf und Ab. Erst neulich erzählte er seinem Therapeuten Hellenschmidt, dass er wieder auf dem Bolzplatz war. Der Arzt wurde hellhörig und fragte seinen Patienten: „Warum warst du da?" Er sei zufällig dort vorbei gekommen, habe Anton geantwortet. Und da er nun mal in der Nähe gewesen sei, wollte er ein bisschen gucken. Nicht mehr. Aber auch nicht weniger.

Was tun? Der Psychologe hätte jetzt antworten können: „Aber du weißt doch, dass das nicht gut ist. Dass es dir schadet." Stattdessen schlug er Anton vor, das nächste Mal einen anderen Weg einzuschlagen.

Keine „platten" Tipps

„Platte Tipps und Ratschläge, jeden Tag zu joggen oder Volleyball zu spielen, sind hier fehl am Platze", so der Therapeut. Damit stelle man kein Vertrauen her, weiß auch Schlinzig. Die Jungen sollten sich angenommen fühlen, wenn sie sich offenbaren. Sonst könnte es passieren, dass sie sich auf die Therapie nicht einlassen. Es ginge ihnen ohnehin schlecht. Manche empfänden sich als „Monster". Die meisten von ihnen kennen die öffentliche Einschätzung sexueller Gewalt an Kindern. Sie sagen: „Ich will kein Kinderficker sein."

Viele Betroffene haben Depressionen und Verspannungen, sind hyperaktiv. Die Leiden nehmen ab, sobald die Jugendlichen lernen, mit der „kognitiven Dissonanz" – so heißt in der Fachsprache der Widerspruch zwischen sexueller Erregung und dem Wissen, dass diese mit Kindern nicht ausgelebt werden darf – umzugehen.

Was sind das für junge Menschen, die Schlinzig und Hellenschmidt betreuen? Sie kämen aus allen sozialen Schichten und allen Ecken der Republik, berichten die beiden Experten. Manche seien Kinder von Hartz-IV-Eltern, andere hätten Mütter und Väter mit Eigenheimen und mehreren Autos. Es gebe sogar einen Patienten, der für die 50-minütige Therapie einmal im Monat aus Baden-Württemberg mit dem Flugzeug anreist.

„Ein ganz normaler Mann"

Den meisten Jungen mangele es an Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl, sie seien schüchtern und trauten sich einen normalen Umgang mit Gleichaltrigen nicht zu. Auch deshalb der Griff nach Kindern. „An Jüngere wagen sie sich eher heran", so Schlinzig: „Ein Achtjähriger ist für einen 14-Jährigen leichter zu erreichen als ein Gleichaltriger", fügt die Psychologin hinzu.

Es habe im Projekt mal einen Jungen gegeben, der genau wusste, dass sexuelle Gewalt an Kindern gesellschaftlich geächtet ist. Er habe trotzdem mehrfach seine kleine Schwester schwer sexuell misshandelt. Das sei doch kein Missbrauch, erklärte er seinen Therapeuten, den begingen doch nur Fremde. Er habe zwar was mit seiner Schwester gehabt, das sei aber etwas anderes. In Fällen wie diesem, so die Experten, sei die kognitive Dissonanz besonders groß.

Eines aber hätten alle Jungen gemeinsam: „Sie müssen bis zu ihrem Tod mit ihrer sexuellen Präferenz leben. Die geht, soweit wir aktuell wissen, nicht weg", hält Hellenschmidt fest. So etwas wie eine „Heilung" sei daher ausgeschlossen. Möglich sei für die Betroffenen nur, einen Weg zu finden, damit umzugehen. Nicht wenige erwachsene Männer, in deren sexueller Fantasie immer wieder Bilder von kleinen Jungs auftauchen, die aber bürgerlich verheiratet seien und nie ein Kind angefasst hätten, äußerten über sich selbst: „Ich bin ein ganz normaler Mann."

Simone Schmollack,
taz-Redakteurin

PPJ hat Vorläufer

PPJ – die „Primäre Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch durch Jugendliche" – hat einen Vorläufer: das Präventionsprojekt „Kein Täter werden" (E&W berichtete). Dieses richtet sich an Erwachsene, die sich sexuell zu Kindern hingezogen fühlen, und wurde 2005 an der Berliner Charité gegründet. Mittlerweile hat es elf bundesweite Standorte. PPJ für Jugendliche ist bislang einzigartig, Anfragen kommen selbst aus dem europäischen Ausland. Ziel der PPJ-Kooperationspartner Charité und Vivantes ist, das Projekt bundesweit auszudehnen. sis

Eine klare Haltung

// In die Kitas kommen zunehmend geflüchtete Mädchen und Jungen. Das stellt die Einrichtungen vor neue Anforderungen, auf die sie kaum vorbereitet sind. Langsam beginnt sich das zu ändern, denn verschiedene Organisationen bieten Fortbildungen an – zum Beispiel in Sachsen das Programm „Willkommenskitas“. //

Lachend kickt Taneja* den Ball über den Kies. „Weit, was?“ Die Sechsjährige liebt den Kita-Garten, in dem sie tun kann, wonach ihr der Sinn steht. Taneja ist in Indien geboren, vor gut drei Jahren flüchtete ihre Familie nach Deutschland, „weil wir nicht genug zu essen hatten“. Erst waren sie in einer Unterkunft, jetzt leben sie in einer kleinen Wohnung ein paar S-Bahn-Stationen entfernt. „Der Papa bringt mich jeden Morgen in die Kita.“

Dresden, Weidentalstraße. In den lichten Räumen und im Garten wuseln knapp 120 Kinder. Sie heißen Peter oder Lisa, neuerdings auch Taneja oder Bekum. Seit zwei Jahren besuchen zunehmend geflüchtete Mädchen und Jungen die Kita, oft aus Afghanistan, Serbien oder Indien. Derzeit ist Taneja dort das einzige Mädchen mit Fluchthintergrund. Doch vor ein paar Monaten waren es noch sechs Kinder aus geflüchteten Familien, schon morgen könnten wieder neue kommen. Denn sobald eine Familie als asylsuchend anerkannt ist, hat ihr Nachwuchs Anspruch auf einen Kita-Platz.

Mehr Unterstützung nötig

Die Kitas müssen sich jetzt mit vielen Fragen auseinandersetzen: Wie können wir den Kindern das Ankommen erleichtern, wie die Eltern erreichen, wie gehen wir angemessen mit sprachlicher Vielfalt und kulturellen Unterschieden um? Keine leichte Aufgabe, denn oft fühlten sich die Erzieherinnen und Erzieher zwischen den Bedürfnissen einheimischer Eltern und Flüchtlingsfamilien zerrissen, beobachtet Axel Möller von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) in Dresden. Auf der einen Seite gebe es „Vorurteile und Ängste gegenüber schutzsuchenden Familien“, auf der anderen „hohen Integrationsbedarf“. „Die Erzieherinnen brauchen mehr Unterstützung“, fordert Möller. „Denn interkulturelle Bildung wird bislang auch in den pädagogischen Konzepten sächsischer Kitas kaum berücksichtigt“.

Verschiedene Organisationen bieten daher Fortbildungen an. Die DKJS startete bereits 2014 ihr Programm „Willkommenskitas“ (s. E&W 1/2015). Die zehn Kitas, die bislang mitmachen, erhalten einen Angebotsmix aus Schulungen, Coaching und Netzwerktreffen. Die Thüringer Sozialakademie (TSA) am Standort Dresden, Träger von gut acht Einrichtungen im Bundesland Sachsen, hat Themen zu interkultureller Pädagogik und Asylrecht in die Bildungspläne ihrer eigenen Erzieherfachschule integriert und lädt Pädagoginnen und Pädagogen zu Fachtagungen ein. „Die Resonanz ist gewaltig“, sagt Hagen Gneuss, Leiter der TSA Sachsen. „Denn es fehlt an Wissen über andere Kulturkreise und das macht unsicher.“ Und es gibt viele Fragen, zum Beispiel: Wie gehen wir damit um, wenn Eltern nicht möchten, dass ein männlicher Erzieher ihr Kind wickelt? Wie reagieren wir, wenn die Familie nicht will, dass ihre Tochter nicht wie alle anderen im Hochsommer im Schlüpfer durch den Garten springt? Oder: Was tun wir, wenn eine Mutter mit dem Kita-Leiter nicht sprechen darf, weil er ein Mann ist? „Es gibt kein Patentrezept“, so Gneuss. „Die Kita-Fachkräfte müssen im Team eine klare Haltung zu solchen Fragen erarbeiten und deutlich kommunizieren: Das geht, jenes nicht.“

Eine klare Haltung – das gilt erst recht für den Umgang mit Ressentiments deutscher Eltern. Als sich die Kita Weidentalstraße zur Teilnahme am Programm „Willkommenskita“ entschloss, stieß das nicht bei allen Müttern und Vätern auf Begeisterung. Da gab es Ängste: „Haben Flüchtlingskinder nicht psychische Probleme?“ „Bringen sie nicht Krankheiten mit?“ Und Ressentiments: „Kinder aus dem arabischen Raum sind doch anders, die passen nicht zu uns.“ Manchmal kam es zur Provokation. Etwa durch jenen Vater, der mit einer Thor-Steinar-Jacke in die Einrichtung kam, einer Insignie der rechten Szene. „Dieses Kleidungsstück steht für einen politischen Hintergrund, der mit den Werten unseres Hauses nicht zu vereinbaren ist“, stellte Kita-Leiter Marcus Drechsler klar. „Bitte ziehen Sie diese Jacke nicht mehr an, wenn Sie in die Kita kommen.“ Manchmal war und ist auch Protest zu hören. Der Kita-Leiter: „Dann heißt es: ruhig bleiben, Position beziehen, sich nicht auf Diskussionen einlassen.“

Typisch ist eine ablehnende Haltung gegenüber Asylsuchenden zum Glück nicht. Zwar bilden sich Kontakte zwischen Eltern meist automatisch „entlang ihrer Kulturkreise“, berichtet Drechsler. Doch wo es gelinge, Möglichkeiten zum Kennenlernen zu schaffen, „brechen die Fronten auf“. Wie auf dem Sommerfest im vergangenen Jahr, das unter dem Motto „Kinder aus aller Welt“ stand. Die Mädchen und Jungen sangen mit ihren Familien Lieder aus

Fotos: Dirk Lässig

Taneja, sechs Jahre alt, aus Indien ist mit ihren Eltern vor drei Jahren nach Deutschland geflüchtet. Seit zwei Jahren nimmt die Kita Weidentalstraße in Dresden geflüchtete Kinder auf.

ihren Herkunftsländern. Ein Vater aus Afghanistan kochte, Mütter spielten mit Handpuppen Kindermärchen in sechs verschiedenen Sprachen. Drechsler: „Vielfalt wurde plötzlich für alle spannend.“

Begegnung ist wichtig

Wie wichtig die persönliche Begegnung mit „den Anderen“ ist, beobachtet auch DKJS-Mann Möller. Immer wieder hört er, wie sowohl deutsche als auch geflüchtete Eltern in den Willkommenskitas wechselseitig ratlos die Köpfe schütteln: „Wir wissen gar nicht, wer ihr seid!“ Möller: „Es ist wichtig, die Eltern zusammenzubringen, zum Austausch, Feiern, Kennenlernen – am besten gemeinsam mit Akteuren aus dem Quartier.“

Elf Uhr. Im Kunstraum liegen Anda, Eva und Lisa malend auf dem Boden. Sprachfachkraft Beate Schmidt liest mit Taneja ein Buch. Seit Januar begleitet sie die Kinder auf dem Weg in die neue Sprachwelt. Jeden Tag stöbern sie sich durch Bilderbücher, in denen vielfältige Lebenswelten normal sind. „Die Kleinen lernen die Sprache ungeheuer schnell“, erzählt Schmidt. Im Gespräch mit den Eltern komme man aber oft ohne Dolmetscher nicht aus, den die Stadt ihren Kindertagesstätten auf Antrag stellt. Er ist in den ersten drei Tagen der Eingewöhnungsphase anwesend und wenn über die Entwicklung der Kinder gesprochen wird. „Das nimmt die Hemmschwellen“, so Kita-Leiter Drechsler. Gleichzeitig erfahren die Fachkräfte mithilfe des Dolmetschers mehr über die Lebenssituation der Kinder. Wohnen diese in einem Heim oder in einer Sammelunterkunft ohne Privatsphäre, in der sie meist erst spät schlafen können? Das erklärt beispielsweise, wenn ein Kind mal quengeliger als sonst ist.

Es sind nicht nur fremde Sprachen und andere Kulturen, auf die sich die Fachkräfte einstellen müssen. Auch der Umgang mit Asylrecht und Bürokratie ist ungewohnt. Oft legten Mütter oder Väter ungefragt Bescheinigungen auf den Tisch und „erwarten, dass wir uns damit auskennen“. In Fortbildungen haben die Fachkräfte zwar gelernt, was die Behörden benötigen, worauf Familien Anspruch haben und wer im Zweifelsfall weiterhelfen kann. „Aber es braucht Fingerspitzengefühl. Denn wir wollen nicht zu formal sein, sondern vor allem willkommen heißen“, betont Drechlser.

Da ist es gut, dass die Kita Weidentalstraße mehr Erfahrungen mit Vielfalt, als viele andere Einrichtungen in der Region hat. 20 Prozent der Kinder kommen aus Migrantenfamilien. Schon lange wird daher ganz selbstverständlich im Alltag thematisiert: „Schaut mal, der eine hat viele Geschwister, der andere keine; der eine kommt aus Dresden, der andere aus Kabul. Na und?“ Drechsler: „Bei uns erleben die Kinder: Vielfalt ist normal.“

Was darüber hinaus „willkommen heißen“ bedeutet, erarbeitet das Kita-Team derzeit im Coaching mit einer DKJS-Mitarbeiterin: Welche Werte wollen wir nach außen vermitteln? Was ist uns in der Kommunikation mit den Eltern wichtig? Zu Ende ist dieser Diskussionsprozess noch lange nicht.

TSA-Sachsen-Leiter Gneuss ist sich sicher: Das Wichtigste bleibe der Blick auf das einzelne Kind. Es dürfe nicht in die Schublade „Flüchtling“ gesteckt werden, sondern müsse mit seiner besonderen Geschichte und seinen speziellen Bedürfnissen im Mittelpunkt stehen. Gneuss: „Wenn das gelingt, ist ein großer Schritt in Richtung Integration gemacht.“

Anja Dilk,
freie Journalistin

***alle Namen der Kinder geändert**

Nicht durch rechte Eltern zu provozieren: Marcus Drechsler, Leiter der „Willkommenskita“ Weidentalstraße in Dresden: „Dann heißt es: ruhig bleiben, Position beziehen, sich nicht auf Diskussionen einlassen.“

Garantiert Fair Trade

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// Seriöse Siegel für faire Lebensmittel sind bereits auf dem Markt. Nun können Konsumentinnen und Konsumenten auch auf den ersten Blick erkennen, ob Taschen, Gläser oder Schmuck aus fairem Handel stammen. Das neue Label der World Fair Trade Organisation, kurz WFTO, hilft Produzenten in Afrika, Asien oder Lateinamerika zudem, kinderarbeitsfreie Erzeugnisse abzusetzen. //

Irul beugt sich über die runden Kerzenformen. Vorsichtig gießt sie das heiße Wachs hinein, es darf nicht tropfen, die Oberfläche muss glatt bleiben. Die 25-Jährige aus Ost-Java arbeitet für Wax Industri, einem Partner des Fair-Handels-Importeurs Gepa. Ihre Firma bezahlt allen 140 Mitarbeitern einen fairen Lohn, zudem eine Lebens- und Krankenversicherung. Das hilft auch Irul – und ihrem Kind: „Ohne den Job hier hätte ich mich niemals getraut, Mutter zu werden. Ich hätte es mir gar nicht leisten können, die Kleine in einem sicheren Krankenhaus zur Welt zu bringen“. Und weil sie hier, in einer der ärmsten Regionen der indonesischen Republik, genug zum Leben hat, hofft sie, ihre Tochter „nie in die Fabrik schicken zu müssen“.

Ob Weingläser aus guatemaltekischem Recyclingglas, Ziegenledertaschen aus Indien, Batiktücher aus Uganda oder eben Kerzen aus Java – die meisten Kunsthandwerk-Produkte, die Europäer gerne wegen ihrer exotischen Muster und schönen Farben kaufen, stammen aus Entwicklungsländern. Doch kaum ein Käufer weiß, wie viel Arbeitszeit in einer handgewebten Bluse, einem handgefertigten Strohhut oder einer Tonkeramik steckt. Für viele Familien ist das die einzige Geldquelle. Doch faire Preise für ihre künstlerisch-handwerkliche Arbeit erhalten die wenigsten.

Höherer Lohn

Anders im Fairen Handel. Die Kunden in Deutschland erkennen fair gehandelte Waren unter anderem am Gepa-Zeichen. Auch wer im Weltladen oder über die Fair-Handels-Organisationen El Puente, dwp oder Contigo Kunsthandwerk erwirbt, kann sich darauf verlassen, dass die Erzeuger in der Regel mehr verdienen als die Produzenten aus Asien, Afrika oder Lateinamerika, die den konventionellen Handel beliefern. Und doch: Bis vor Kurzem gab es für Kunsthandwerk aus Fairem Handel, das häufig in Familienbetrieben gefertigt wird, kein allgemein gültiges Siegel, Selbst seriöse Fair-Handels-Importeure konnten nicht zu 100 Prozent ausschließen, dass in mancher kleinen Werkstatt Mädchen und Jungen öfter als nur nachmittags nach der Schule aushelfen. Auch deswegen wollten viele Kunden und Importeure ein verlässliches Label, um nachzuweisen: Das Produkt stammt garantiert aus Fairem Handel – und ist frei von ausbeuterischer Kinderarbeit.

Die WFTO, ein Zusammenschluss von rund 370 Fair-Handels-Organisationen weltweit, hat das Siegel „Guaranteed Fair Trade“ entwickelt. Es ist kein Waren-, sondern ein Organisations- und Unternehmenslabel und gilt nicht nur für kunsthandwerkliche Produkte, sondern für alle fairen Erzeugnisse. Bislang konnten WFTO-Mitglieder das Siegel nur auf dem Briefpapier oder der eigenen Internetseite nutzen, nun dürfen sie es auch auf den Waren abdrucken.

Ob die Lieferanten entlang der kompletten Wertschöpfungskette bei der Produktion faire Standards einhalten, kontrolliert die WFTO über ihr eigenes Guarantee-System: Eigendokumentation, Erfahrungsaustausch sowie Monitoring und externe Audits. „Der Verbraucher kann mithilfe des Labels erkennen, welche Organisationen 100 Prozent fair handeln“, so Armin Massing vom Forum Fairer Handel. „Importeure können sicher sein, dass ihre Lieferanten zertifiziert wurden und ihre Waren die Kriterien Fairen Handels erfüllen“, fügt Silke Steinbronn vom Weltladen-Dachverband hinzu. Und Anna-Maria Ritgen, Sprecherin von El Puente, findet: „Es ist gut, dass wir jetzt ein Label haben, das wie das bekannte Fairtrade-Siegel faire Ware auch im konventionellen Handel kenntlich macht.“

Größere Glaubwürdigkeit

Die Erzeuger in Asien, Afrika oder Lateinamerika wollten solch ein Erkennungszeichen schon lange: „Die Produzenten haben die Entwicklung des

Labels selbst vorangetrieben, um den eigenen Markt zu vergrößern“, sagt Steinbronn. „Mit dem WFTO-Label gewinnen wir auf dem Markt auch größere Glaubwürdigkeit“, betont die Geschäftsführerin der indischen Kunsthandwerksorganisation Sasha, einem Partner von El Puente. Damit könnten die Kerzen aus Ost-Java womöglich auch für Anbieter wie Ikea oder Butlers interessant sein. „Das ist möglich und langfristig durchaus das Ziel – aber noch können die Produzenten nicht für Massenanbieter produzieren“, schränkt Ritgen ein. „2003 haben Mitglieder aus Asien erstmals gefordert: Wir brauchen ein verlässliches Etikett, damit wir unsere Produkte auch an große Unternehmen und nicht bloß über Weltläden verkaufen können“, berichtet die Brasilianerin Ana Asti, bis 2015 Vize-Präsidentin der WFTO. Dennoch dauerte es weitere 13 Jahre, bis das Siegel auf den Markt kam – unter anderem, „weil traditionelle Fair Trade Importeure befürchteten, ihre Zulieferer zu verlieren.“ Jetzt aber bringe das neue Label „mehr Transparenz in die ganze faire Lieferkette“.

Foto: Gepa/C. Nusch

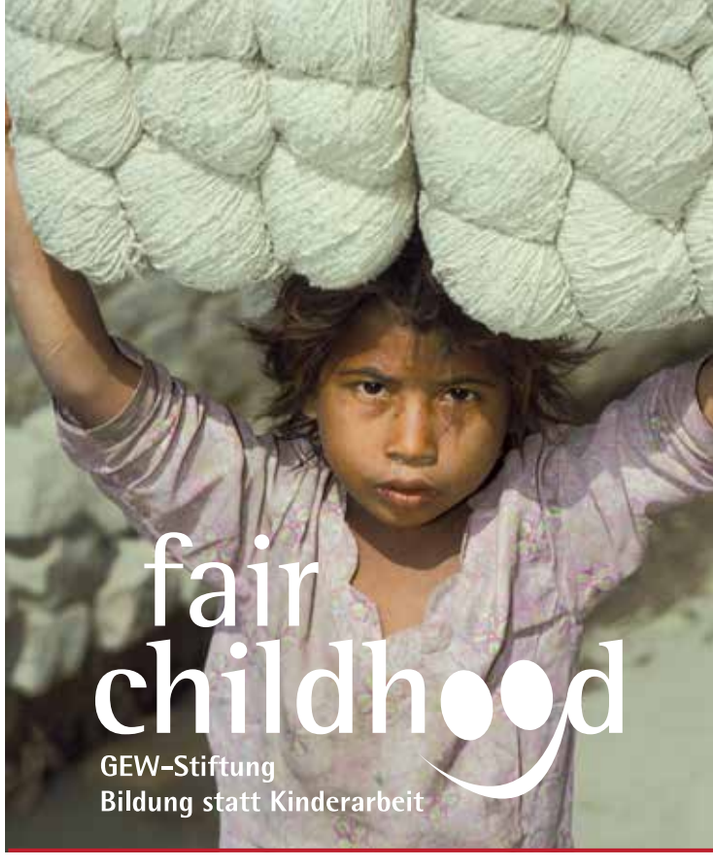
Irul aus Ost-Java beim Kerzengießen. Die 25-Jährige arbeitet für einen Partner des Fair-Handels-Importeurs Gepa. Sie erhält einen fairen Lohn, sodass sie sich und ihre Familie ernähren kann.

Diskussion um Vertrieb

Der Vertrieb fairen Kunsthandwerks über die konventionelle Schiene könnte eine ähnliche Diskussion hervorrufen wie die Kooperation von Fairtrade International mit Discountern wie Lidl oder der Verkauf von Fairtrade-zertifizierter Baumwolle an Karstadt. Damit hängten sich konventionelle Händler nur ein „sozial sauberes Mäntelchen“ um, kritisieren etwa Fair-Trade-Puristen – schließlich kauften Lidl & Co. nur einen kleinen Teil ihres Sortiments fair ein. Das sieht Massing vom Forum Fairer Handel anders: „Die Vermarktung über konventionelle Anbieter ist nicht per se problematisch“, da diese tatsächlich einen höheren Absatz ermögliche und fair gehandeltem Kunsthandwerk eine größere Bekanntheit verschaffe: „Allerdings immer unter der Voraussetzung, dass die Standards und die Glaubwürdigkeit fairen Handels nicht darunter leiden.“ Gepa-Sprecherin Barbara Schimmelpfennig pflichtet bei: „Heute hat jeder verstanden, dass neben den Weltläden auch der konventionelle Warenverkehr und der Online-Versand wichtige Absatzmärkte für faire Erzeuger sind.“

Martina Hahn,
freie Journalistin

Weitere Infos unter: www.wfto.com
Fair erzeugtes Kunsthandwerk vertreiben Gepa, der größte europäische Importeur fair gehandelter Waren, die Unternehmen Contigo, Globo, dwp, El Puente, die Mitglieder von Fair-Band, einem bundesweiten Zusammenschluss von über 30 kleinen und mittleren Importeuren und Händlern, sowie die Weltläden.



Kindern eine Kindheit geben

Machen Sie mit.
Unterstützen Sie *fair childhood* –
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.eu

Ja, ich möchte mehr Informationen zu *fair childhood,* bitte senden Sie mir weitere Informationen

E&W 07-08/2016

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
z. Hd. Susanne Hemmerling
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Gewerkschaftstag der GEW 2017

// **Nach über 30 Jahren findet wieder ein Gewerkschaftstag in Baden-Württemberg statt. Vom 6. bis 10. Mai 2017 wird der 28. ordentliche Gewerkschaftstag der GEW in Freiburg i. Brsg. tagen.** //

Wenige Monate vor der nächsten Bundestagswahl treffen 432 Delegierte aus allen Bundesländern und über 100 Gastdelegierte sowie internationale Gäste in der Freiburger Messe zusammen. Mit den Beratungen der bis dahin eingegangenen Anträge werden auf dem Gewerkschaftstag wichtige Positionierungen in der Bildungspolitik, aber auch in der Tarif- und Beamtenpolitik vorgenommen. Eine weitere zentrale Aufgabe der Delegierten: die Wahlen für den Geschäftsführenden Vorstand und die Bundesschiedskommission.

Der GEW-Hauptvorstand hat mit Beschlüssen zur Tagesordnung, zur Besetzung der Antragskommission und des Präsidiums bereits erste Weichen zur Vorbereitung des Gewerkschaftstages gestellt. Demnächst wird auch der Wahlausschuss in „E&W“ über seine Konstituierung berichten.
Der Antragsschluss, um Satzungsanträge zum Gewerkschaftstag 2017 einzubringen, ist vom Hauptvorstand auf den 5. November 2016, für sonstige Anträge auf den 9. Januar 2017 festgelegt worden.
Antragsberechtigt sind die GEW-Landesverbände, die Bundesausschüsse der GEW sowie der Hauptvorstand.

Jürgen Schmidt,
Geschäftsführer des GEW-Hauptvorstandes

Vorschlag des GEW-Hauptvorstandes für die Besetzung des Präsidiums des Gewerkschaftstages:

Rixa Borns	(Landesverband [LV] Nordrhein-Westfalen)
Sabine Kiel	(LV Niedersachsen)
Annett Lindner	(LV Mecklenburg-Vorpommern)
Carmen Ludwig	(LV Hessen)
Sven Dudkowiak	(LV Berlin)

Zusammensetzung der Antragskommission des Gewerkschaftstages:

Irene Pasternak	(LV Nordrhein-Westfalen)
Inge Goerlich	(LV Baden-Württemberg)
Norma Gertz	(LV Brandenburg)
Susanne Stecher	(LV Berlin)
Stefanie Seeger	(LV Niedersachsen)
Florian Beer	(LV Nordrhein-Westfalen)
Tom Erdmann	(LV Berlin)
Rüdiger Heitefaut	(LV Niedersachsen)
Ludwig Julius	(LV Rheinland-Pfalz)
Hans-Dieter Klein	(LV Sachsen-Anhalt)

Vorschlag zur Tagesordnung des Gewerkschaftstages vom 6. bis 10. Mai 2017

1. Eröffnung
2. Einsetzung der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
3. Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
4. Wahl des Präsidiums
5. Beschluss über die Tagesordnung
6. Mündliche Ergänzung des Geschäftsberichts
7. Aussprache zum Geschäftsbericht
8. Bericht der Revisionsgruppe / Entlastung
9. Anträge zur Satzung
10. Wahlen
11. Anträge
12. Einsetzung des Wahlausschusses für die nächste Wahlperiode
13. Schlusswort

„Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten“

Unter dem Motto „Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten – Geschlechtergerechte Arbeit im Bildungssektor“ findet die erste GEW-Frauenzukunftskonferenz vom 16. bis zum 17. September in Berlin statt. Veranstaltungsort ist die IG Metall-Bildungsstätte Pichelssee.

Die Annahme, jede einzelne Frau könne den Spagat zwischen „Zeit, Leben und Arbeit“ alleine meistern, ist überholt. Gemeinsam mit den Teilnehmerinnen will die GEW neue Modelle zu einer Umstrukturierung gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen hin zu einer emanzipatorischen Vision von „Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten“ entwickeln.

Kontakt: sekretariat.frauenpolitik@gew.de

Nähere Infos und Anmeldung unter:
www.gew.de/veranstaltungen/detailseite/zeit-zu-leben-zeit-zu-arbeiten-geschlechtergerechte-arbeit-im-bildungssektor/

„Eine für alle – inklusive Schule“

Im Bündnis mit mehreren anderen Organisationen veranstaltet die GEW am 26. und 27. September in der Goethe-Universität in Frankfurt am Main unter dem Motto „Eine Schule für alle – Die inklusive Schule für Demokratie“ einen bundesweiten Kongress. Mit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, ein inklusives Schulsystem aufzubauen. Der Auftrag der Inklusion wird hierzulande jedoch weiterhin auf die Integration junger Menschen mit Behinderungen reduziert. Eine inklusive Schule ist aber eine, die Vielfalt begrüßt und konsequent Exklusion in der Bildung vermindert. Vernor Muñoz, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung, eröffnet die Veranstaltung.

Anmeldeschluss ist der 26. August.

Infos und Anmeldung unter: www.eine-fuer-alle.schule oder www.gew.de/inklusion/bundeskongress-eine-fuer-alle

Rad- und Wanderreisen in Großbritannien
Cornwall (Coastal Path) - Cotswolds - Devon mit Dartmoor - Kanalinseln
www.sisu-aktivreisen.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Ihre Reiseleiter in PARIS
für Klassenfahrten und Gruppenreisen
erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig
vinculum MUNDI
Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen
Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.

z. B. **Breslau**	z. B. **Gardasee**	z. B. **München**
5 Tage inkl. Prog. Stadtrundgang uvm.	7 Tage mit Venedig Verona, HP uvm.	5 Tage inkl. Prog. Stadtrundgang uvm.
ab **179,– €**	ab **237,– €**	ab **178,– €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de

Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

„Glaubwürdigkeitslücke“

(E&W 5/2016, Seite 38 ff.: „Nur wir können das Menschliche wiederbeleben“)

Die Diskussion um die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist in den Leser-Kommentaren äußerst oberflächlich ausgefallen. In sozialwissenschaftlichen Untersuchungen werden die Ursachen für den Zulauf der AfD differenzierter dargestellt: Zum Beispiel wird auf die mangelnde Authentizität und die Glaubwürdigkeitslücke des politischen Systems hingewiesen.

Auch die DGB-Gewerkschaften trugen ihren Teil zur „Glaubwürdigkeitslücke“ bei: Etwa indem sie Ansätze alternativer Gemeinwirtschaft zerstört haben – beispielhaft erwähnt seien nur die Skandale um die „Neue Heimat“, die „Bank für Gemeinwirtschaft“ oder die Korruptionsfälle bei VW-Betriebsräten. Last but not least haben wir eine Spaltung der AfD-Wählerinnen und -Wähler in Ost und West: Während im Osten vorrangig Ärmere und Arbeitslose die rechtspopulistische AfD wählten, gab ihr in Baden-Württemberg die Mittelschicht ihre Stimme – wohl aufgrund der von der AfD propagierten Nullzinspolitik.

Herbert Häußer, Crivitz

„Wofür stehen Stiftungen?“

(E&W 6/2016, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Stiftungen im Bildungswesen“)

Danke für die kritischen Berichte zum Einfluss der Stiftungen in Schulen. Ich finde Stiftungen grundsätzlich zwar gut, aber es muss klar sein, wofür sie stehen und was sie wollen. Und darüber muss man reden. Wenn sich über die Stiftungsarbeit einseitig Vorteile zugunsten wirtschaftlicher Interessen ergeben oder ein einseitiges Menschenbild vermittelt wird, sind solche Aktivitäten kritisch zu sehen. Und: Die Bertelsmann Stiftung kann nicht allein die Zukunft von Schule definieren.

Martin Hoeren, Mainz

„Lehrkräfte-Bildung hat versagt“

Fälle von Lobbyismus an öffentlichen Schulen sind in jüngster Zeit verstärkt Thema in den Medien. Die Eingriffe von Wirtschaft und Industrie in das Bildungssystem werden von der Gewerkschaft völlig zu Recht kritisiert (s. HLZ der GEW Hessen, Heft 6, Juni 2013). Bildungspolitik, Schulleitungen und Lehrkräfte scheint man i. d. R. dafür verantwortlich zu machen. Auch das völlig zu Recht. Aber ein Aspekt sollte mit bedacht werden: Attestiert man Lehrkräften in Fragen des Lobbyismus mehr oder weniger ein Versagen, muss man auch nach den Gründen fragen. Und die liegen m. E. in der Lehrkräfte-Ausbildung.

Begreift man den Lobbyismus im Bildungsbereich als Einflussnahme wirtschaftlicher Interessenvertreter – entweder mit dem Ziel, das Image des eigenen Unternehmens oder der Branche langfristig zu fördern oder künftige Kunden oder Angestellte zu rekrutieren – ist dies sicher ein Auswuchs unserer Wirtschaftsordnung. Von Firmen bereitgestellte kostenlose Lern- und Lehrmittel dienen dann nicht primär einer umfassenden Bildung der Schülerinnen und Schüler. Vielmehr werden sie auch dazu genutzt, Jugendliche zu beeinflussen. Wird das zum Regelfall an deutschen Schulen, hat nicht zuletzt die Lehrkräfte-Ausbildung versagt, die künftige Pädagoginnen und Pädagogen heranbildet, die nicht fähig oder willens sind, die Konsequenzen und die Bedeutung lobbyistischer Einflussnahme auf den Unterricht zu begreifen.

Dipl.-Päd. Thilo J. Ketschau, MBA, Göttingen

„Gewohnheit“

Dank an die Redaktion, dass sie das Thema „Stiftungen“ zum Schwerpunkt gemacht hat, und an die Journalisten, die es bearbeitet haben.

Der E&W-Schwerpunkt ist ein weiteres Puzzlestück, den Mechanismus zu verstehen, wie Konzerne Einfluss nehmen und wie politische Akteure finanzielle Ressourcen der Gesellschaft zugunsten wirtschaftlich Mächtiger umleiten. Es ist eine Ursache dafür, warum die gesellschaftliche Verteilung von Einkommen und Vermögen immer weiter auseinanderdriftet. Wir sind heute daran gewöhnt, dass Stiftungen sich im Bildungsbereich aktiv beteiligen. Diese Gewohnheit droht sich allerdings als Haltung,

„sehen wir erst einmal, was von dort kommt“ zu verfestigen. Wer hier wirklich politisch gegensteuern will, muss sich vor allem engagieren, organisieren und wählen gehen.

Friedrich Hentschel (per E-Mail)

„Weg über die Musik“

(E&W 6/2016, Seite 46: Leserbrief „Dank für Erinnerung“)

Dass „Empathie gegenüber ‚Anderen‘“ zu den Zielen der GEW gehört, versteht sich von selbst. Hierin liegt aber auch eine wichtige Aufgabe der Schule. Die Frage ist, wie man junge Menschen dafür sensibilisiert.

Aus Erfahrung als Lehrer im Musikunterricht und aktiver Chorsänger weiß ich, dass der Weg über die Musik oft vielversprechend ist. Mein Chor beteiligt sich seit 2015 zusammen mit Bläsern und Sprechern an dem Oratorium „Anne! Damit wir klug werden“ über das kurze Leben der Anne Frank. Nach der Uraufführung auf dem Kirchentag 2015 in Stuttgart wurde es inzwischen achtmal gespielt. Jedes Mal konnten wir wieder eine tiefgreifende emotionale Wirkung bei den Zuschauern – und bei uns selbst – beobachten. Alle Beteiligten bedauerten allerdings die geringen Zuschauerzahlen, insbesondere das Fehlen eines jungen Publikums.

Frieder Nolte, Hameln

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: renate.koerner@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl. Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041 info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Eine kleine Anzeige.
Für eine große Tat.
Werden Sie Lebensspender.
Kämpfen Sie mit uns gegen Blutkrebs. Lassen Sie sich jetzt als Stammzellspender registrieren. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter **www.dkms.de.**
DKMS
Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH
DKMS Wir besiegen Blutkrebs.

WENDELSTEIN® KLINIK
Krankenhaus für Neurologie, Psychiatrie, Innere Medizin und Psychosomatik
- **Depressionen**
- **Schmerzstörungen**
- **Ängste**
- **Posttraumatische Belastungsstörungen**

WIR HELFEN IHNEN WEITER
WENDELSTEIN KLINIK
Reutlinger Str. 20 · 72501 Gammertingen
0 75 74 - 845
www.wendelsteinklinik.de
beihilfefähiges privates Akut-Fachkrankenhaus

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler
Stationär, teilstationär, ambulant
Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung
Neurologische und psychokardiologische Abklärung
Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

Mit Hand und Verstand!

Lesefreude für Ihren Unterricht
- spielerisch-handelnder Umgang mit Buchstaben
- senso-motorische Lernerlebnisse
- verständnisorientiertes Lernen
- Online-Unterrichtshilfen und Videos

Lernen + Lehren mit HAHN
Besuchen Sie jetzt **www.lesefreude.net**

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen
Prag? Nur mit uns!
Ausgezeichnet: 90 % unserer Kunden kommen auf Empfehlung.

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Ihre Anzeige in der
E&W Erziehung und Wissenschaft
www.erziehungundwissenschaft.de
oder rufen Sie uns an:
0201 84300-31

CLUBHOTEL
Nordägäis / Idaberg / Türkei
nahe Troja, am Meer bietet HP zu 24 € (p. Pers./Tag) Gruppen für Klassenfahrten ab 16 Pers. an. Mindestens für 1 Woche, ab Sept. bis Ende Juni. Tel.: 0641-84624
www.clubgultur.com

Behutsam die Welt entdecken
- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin
AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

Klassenfahrten der Jugendherberge Essen

Aller Anfang ist leicht 2016
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 122,00
Die Schüler lernen sich kennen, setzen sich Ziele für die gemeinsame Zukunft.
Einer für alle – alle für einen 2016
7. - 13. Klasse | 3 - 5 Tage | ab € 138,00
Ein Teambuilding mit Kooperationsübungen
Entdecken. Erleben. Bewegen 2016
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 98,00
Der Wandel des Ruhrgebiets: Die Zeugnisse der Industriekultur bilden dabei die Kulisse für aufregende Erlebnisse.
weitere Programme und vieles mehr unter:
www.essen.jugendherberge.de
DJH Rheinland

S-E-T
STUDY - EXPLORE - TRAVEL
STUDIENREISEN LONDON
KLASSENFAHRTEN ENGLAND
www.s-e-t.de

Diesmal

Karikatur: Freimut Woessner

Die neue alte Erkenntnis aus dem Nationalen Bildungsbericht 2016